

SO!
Soziale Ordnung

Magazin für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

6. Ausgabe 2011

64. Jahrgang
ISSN 1432-9689

**BILDUNGSREPUBLIK
DEUTSCHLAND**



Themen: Bildung, Euro... und Lohnuntergrenze!

CDA-WERBEMITTEL JETZT IM CDU ONLINE-SHOP

Ab sofort findet ihr die unterschiedlichsten Werbemittel der CDA im CDU-Shop unter dem Menüpunkt „Vereinigungen“. Dort findet man vieles, was für die erfolgreiche Verbandsarbeit benötigt wird. Von Aufnahmeanträgen und Schlüsselanhängern, CDA-Sonnenschirmen, Kugelschreibern bis hin zu Mitgliederpins mit hohem Wiedererkennungswert fürs Jacket oder Luftballons für die jungen CDA-Mitglieder von morgen. Das umfangreiche Angebot wird in den nächsten Wochen noch erweitert!

WWW.CDU-SHOP.DE



Unsere Kampagne ist ein Erfolg!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde der CDA,

welches Buch lesen Sie derzeit? Was auch immer es sein mag: Legen Sie es kurz zur Seite und folgen Sie meinem Lektüretipp! Denn der für Christlich-Soziale in diesen Tagen spannendste Lesestoff dürfte das Antragsbuch zum CDU-Bundesparteitag sein! Seitenweise sind dort Anträge aufgelistet, die die Forderungen unserer Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist...“ unterstützen. 30 CDU-Gremien haben Anträge gestellt, die mehr oder weniger inhaltsgleich unsere Forderungen aufnehmen und unterstützen. Die CDU-Antragskommission im Konrad-Adenauer-Haus in Berlin hat also reichlich Post aus ganz Deutschland bekommen. Darin fordern unsere Parteifreunde eine Lohnuntergrenze, weniger Befristungen und mehr Lohngerechtigkeit in der Leiharbeit. Das zeigt: Unsere Forderungen kommen aus der Mitte der Union. Sie treffen Herz und Verstand unserer Partei!

Das macht natürlich Mut für den Parteitag. Aber Vorsicht! Es gibt viele Widerstände in der Partei. Wir verfallen nicht in Euphorie, sondern kämpfen um jede Delegiertenstimme! Eines steht aber schon vor dem Parteitag fest: Wir haben es geschafft, unsere CDA-Themen auf die politische Tagesordnung unserer Mutterpartei zu setzen. Die Union kommt in Leipzig um eine Debatte über unsere Vorstellungen von „WERTvoller Arbeit“ nicht herum! CDU-Parteigremien von der Kreis- bis zur Bundesebene

haben sich mit unserem Antrag auseinandergesetzt. Wir haben viel Zustimmung erhalten. Sogar prominente Fürsprecher unterstützen uns, darunter Landesvorsitzende, Ministerinnen und Minister, Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten.

Unabhängig von den Ergebnissen in Leipzig gilt: Die Kampagne war und ist ein großer Erfolg für die CDA! Das ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der Tatsache, dass sich viele CDAler mächtig ins Zeug gelegt haben. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben: Die in Gremien für unseren Antrag gekämpft haben, die in Veranstaltungen für unsere Ideen gestritten haben, die an Ständen Broschüren verteilt und sich die Köpfe heißeredet haben. Wir können schon jetzt stolz auf das Erreichte sein. Mal ehrlich: Wer hätte denn im Mai bei unserer Bundestagung gedacht, dass ein halbes Jahr später „unsere“ Themen in der ganzen Partei debattiert werden würden? Wer hätte sich vorstellen können, dass die Antragskommission dem Bundesparteitag empfehlen würde, die Einführung einer allgemeinen Lohnuntergrenze zu beschließen? Kaum jemand. Und doch ist beides Tatsache. Nicht zuletzt deshalb, weil viele CDU-Landes-, Bezirks- oder Kreisverbände auf Druck der jeweiligen CDA-Gremien eigene Anträge an den Parteitag auf den Weg gebracht haben...



Ich kann nicht versprechen, dass wir uns auf dem Parteitag durchsetzen. Ich kann aber versprechen, dass die CDA-Truppe in Leipzig dafür kämpfen wird, dass CDA-Forderungen zu CDU-Positionen werden!

Ihr und Euer

Karl-Josef Laumann



PRISMA

TITEL

POLITIK



Runder Geburtstag
Elke Hannack wurde 50 Jahre alt S.6

60 Jahre CDA-Mitglied
Georg Böhme feierte besonderes Jubiläum S.6

Das neue Gesicht
René Marcel Mittelstädt S.7

Ehrentag
70. Geburtstag von Werner Schreiber S.7

CDU-Bundesparteitag
CDA-Antrag, Eurokrise, Bildung S.8

CDA-Antrag an den Parteitag
Pflegeversicherung für weitere Herausforderungen stärken S.9

Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist...“
Bericht aus der Hauptgeschäftsstelle S.12

„Die Hauptschule hat an Akzeptanz verloren“
Interview mit Ingrid Sehrbrock S.14

Sagen Sie mal...?
Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan S.16

Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament für Europa
Ein Standpunkt von Dr. Christian Bäumler zur „Eurokrise“ S.18

Ratingagenturen müssen ihre Aufgaben erfüllen
Fachartikel von Sascha Brok und Dennis Radtke S.20

IMPRESSUM

Herausgeber
CDA Deutschlands
Zinnowitzer Str. 1
10115 Berlin

Redaktion
Telefon: 030/922511-194
Telefax: 030/922511-2194
redaktion@soziale-ordnung.de

Verlag
CDA-Verlagsgesellschaft mbH,
Berlin

Gestaltung
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH
www.iconate.de

Anzeigen
Telefon: 030/92 25 11-195
E-Mail: anzeigen@soziale-ordnung.de
Website: www.soziale-ordnung.de

Die Ausgaben erscheinen in unregelmäßigen Abständen sechsmal im Jahr. Namensartikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Preis
Abonnement: 25,60 €, der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Derzeit gültige Anzeigen-Preisliste vom 1. Januar 2010.

Druck
Heider Druck GmbH,
Bergisch Gladbach

CDA AKTUELL



Viel Applaus für CDA-Nachwuchs
Talentschmiede endete mit Vorträgen und Urkunden S.21

Brief an Papst Benedikt
Schreiben der Christlich-Sozialen an Papst Benedikt S.22

Meine Meinung
Karsten Matthis: Vergesst mir die LINKE nicht! S.23

Gewerkschaftstage 2011
Die CDA auf den Parlamentarischen Abenden S.24

„Die IG Metall muss die Christlich-Sozialen einbinden“
Standpunkt von Karl-Josef Laumann S.25

CDA INTERN



CDA Bremen: Landestagung plädiert für Lohnuntergrenze S.26

Thüringer CDA im Gespräch mit OPEL-Betriebsräten S.27

Junge CDA: Bericht von der Niedersachsentagung S.28

CDA Koblenz-Montabaur: Besuch in Keksfabrik S.29

CDA Berlin: Dr. Ralf Brauksiepe besuchte Jobcenter S.30

WieSO!? – Der persönliche Fragebogen
Heute: Dennis Radtke S.31

DIE AKTUELLE ZAHL



39,3 Prozent der Fälle von verminderter Erwerbsfähigkeit sind laut einer aktuellen Studie der Deutschen Rentenversicherung (DRV) durch psychische Störungen bedingt. Demnach sind die gesellschaftlichen Belastungen durch psychische Störungen größer als die durch irgendeine andere Krankheitsgruppe wie beispielsweise Krebs oder Herzerkrankungen.

Die veränderte Arbeitswelt fordert nicht nur immer mehr Flexibilität von den Erwerbstätigen, auch anspruchsvollere Aufgaben und neue Arbeitsformen tragen ihren Teil zur höheren Belastung bei. Durch zu späte oder falsche Therapien entstehen immense Krankheitsfolgekosten.

Dabei liegt die Gesundheitsvorsorge im ureigenen Interesse des Arbeitgebers: Gesunde Beschäftigte sind belastbarer und produktiver für das Unternehmen. Die Anzahl der Fehltag sinkt. Dadurch steigert sich insgesamt das Wohlbefinden der Beschäftigten. Arbeit hat schließlich eine zentrale Bedeutung für soziale Kontakte und das Selbstwertgefühl.

Mitgliederservice
Telefon: 030/92 25 11-120
Telefax: 030/92 25 11-2110
E-Mail: mitgliederservice@cda-bund.de

Titel
iconate Gesellschaft für
Kommunikation und Medien mbH

Fotos
iStockphoto, privat, Dominik Lawatsch,
CDA-Archiv, BMBF/Laurence Chaperon,
RCDS

60 JAHRE CDA-MITGLIED

Georg Böhme feierte besonderes Jubiläum

Ein ganz besonderes Jubiläum konnte nun das CDA-Urgestein Georg Böhme aus Hildesheim feiern: Seit 60 Jahren ist der Regierungsdirektor im Ruhestand Mitglied der CDA. Im März feierte er seinen 85. Geburtstag.

Immer noch ist er für die CDA aktiv: Als Schatzmeister des Bezirksverbandes Hildesheim wacht er über die Finanzen „seiner“ CDA. Von 1961 bis 1965 war Böhme Bundestagsabgeordneter. 18 Jahre lang war er zudem CDA-Bezirksvorsitzender. ■

RUNDER GEBURTSTAG

Elke Hannack wurde 50 Jahre alt

Die stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende Elke Hannack feierte am 23. September 2011 ihren 50. Geburtstag. Hannack wurde im westfälischen Gladbeck geboren. Die Gewerkschaftssekretärin lebt in Berlin und ist vor Kurzem erneut in den Vorstand der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di gewählt worden. Zuvor war sie von 2005 bis 2007 stellvertretende DGB-Vorsitzende des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen. ■



CDA

Alles Gute, Markus!



Anfang Oktober hat unser bisheriger CDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Markus Gloe seine neue Stelle als Akademischer Rat an

der Ludwig-Maximilians-Universität München angetreten. Dort wird er sich am Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft um die Ausbildung von Lehrern kümmern – natürlich für das Fach Sozialkunde!

Scheiden tut weh! Vom Bundesvorstand wurde Markus in der Sitzung im September mit lang anhaltendem Applaus und spürbarem Bedauern verabschiedet. Stellvertretend für das ganze

Gremium dankte der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann Gloe und lobte: „Du hast sehr erfolgreich gearbeitet und den Job gut gemacht“. Die „offizielle“ Verabschiedung folgt noch in der Bundesvorstandssitzung am 18. November in Berlin.

Auch die Mitarbeiter der Hauptgeschäftsstelle ließen „ihren“ Markus nur unwillig und mit einer großen Portion Wehmut gehen. Dieser verabschiedete sich mit einem zünftigen bayerischen Frühstück und dem Versprechen, engen Kontakt zu halten. Wie wir ihn kennen, wird er das auch tun!

Danke, Markus! Und: Alles Gute! ■

WAHRE WORTE

Das aktuelle Zitat

„Die Bundeskanzlerin hat mich zu nichts beauftragt. Mein Auftraggeber ist der Bundesvorstand der CDA und niemand sonst.“

Der CDA-Bundesvorsitzende Karl-Josef Laumann in einem Interview mit dem Online-Portal wdr.de auf die Frage, ob er im Auftrag von Kanzlerin Merkel Gespräche mit den Gewerkschaften über eine tariforientierte Lohnuntergrenze führe. ■

EHRENTAG

70. Geburtstag von Werner Schreiber



Der ehemalige CDA-Bundesvorsitzende Werner Schreiber feierte am 17. August 2011 seinen 70. Geburtstag. Schreiber wurde in Saarbrücken geboren und machte zunächst eine Lehre als Betonbauer. Nach einigen Jahren in diesem Beruf erlangte er auf

dem zweiten Bildungsweg das Abitur und studierte Sozialarbeit. Zehn Jahre lang war er in der Jugendhilfe tätig.

Werner Schreiber übernahm in CDU und CDA zahlreiche Ämter und Funktionen auf allen Ebenen. Unter anderem führte er von 1978 an zwölf Jahre lang die CDU in seinem Heimatkreis. Er war erst Mitglied des saarländischen Landtags, dann bis 1990 Bundestagsabgeordneter. Von 1990 bis 1993 leitete er als Minister das Arbeitsressort im Land Sachsen-Anhalt. Seit 1998 steht Schreiber der Stiftung Christlich-Soziale Politik (CSP) als Vorsitzender vor. Einen Namen machte er sich auch als Sportfunktionär: Unter anderem war er von 1991 bis 1995 Präsident des renommierten Vereins SC Magdeburg. ■

CDA NORDRHEIN-WESTFALEN

Neue Mitarbeiterin



Sabine Lennartz ist die neue Mitarbeiterin in der Landesgeschäftsstelle der nordrhein-westfälischen CDA. Sie unterstützt seit dem 1. September 2011 in der Nachfolge von Regina Schmitz Landessozialsekretär Daniel Güttler. Sabine Lennartz steht seit 1986 hauptamtlich im Dienst der CDU in Nordrhein-Westfalen. Ehrenamtlich ist sie in den CDU-Sozialausschüssen ihrer Heimatstadt Mönchengladbach aktiv. Dort ist sie seit Februar 2010 stellvertretende Kreisvorsitzende. ■

DAS NEUE GESICHT

René Marcel Mittelstädt
CDA-Mitglied seit: Oktober 2011



Was hat Dich dazu bewogen, in die CDA einzutreten?

Durch meine Mitgliedschaft

in der CDU kenne ich die CDA natürlich schon lange, aber erst durch mein Studium habe ich mich thematisch näher mit ihr befasst. Auf der Bundesdelegiertenversammlung des RCDS war die CDA mit einem Infostand vertreten und da bin ich dann eingetreten.

Wie möchtest Du Dich in der CDA engagieren?

Auf jeden Fall möchte ich die Arbeit der CDA aktiv begleiten. Wie genau, das wird sich zeigen.

Bist Du noch in weiteren Vereinigungen bzw. in der CDU politisch aktiv?

2003 bin ich in die CDU eingetreten und hatte seitdem mehrere Funktionen. Seit Februar 2011 bin ich Landesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten Bremen.

Was machst Du beruflich?

Ich studiere an der Universität Bremen Master Sozialpolitik.

Engagierst Du Dich ehrenamtlich?

Seit Juni bin ich (stellvertretendes) Mitglied im Studierendenrat sowie im

Akademischen Senat der Universität Bremen.

Welche politischen Themen interessieren Dich?

Der Schwerpunkt liegt einerseits auf Bildungs- und Wissenschaftspolitik und andererseits auf Sozialpolitik.

Welches Thema sollte die CDA jetzt anpacken?

Die Folgen des demografischen Wandels.

Was ist Dein Idealbild einer „guten Politik“?

Wertebasiert und ehrlich.

Ergänze bitte den folgenden Satz:

Weil Arbeit WERTvoll ist, – sollte man von ihr leben können. ■

CDU-Bundesparteitag CDA-Antrag, Eurokrise, Bildung



Karl-Josef Laumann in seinem Element – hier auf der CDA-Bundestagung

Leipzig? Da war doch was! Im Vorfeld des CDU-Bundesparteitages in der sächsischen Messestadt wird so mancher Zeitungsartikel auf den Parteitag am selben Ort im Jahr 2003 (Motto: „Deutschland kann mehr“) zurückblicken. Und damit schmerzliche Erinnerungen bei vielen Christlich-Sozialen wecken. Denn damals hat sich die CDU vom (neo-)liberalen Zeitgeist anstecken lassen und Beschlüsse gefasst, die später gerne verdrängt wurden. Die Stichworte „Kopfpauschale“, „Gesundheitsprämie“ und „3-stufiges Steuersystem“ stehen für eine Zeit, in der es die CDA schwer hatte, in der CDU Gehör und Beachtung zu finden...

Letzteres kann man für diesen Leipziger Parteitag am 14. und 15. November ausschließen. Denn mit der Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist...“ hat die

CDA dafür gesorgt, dass ihre Themen auf der politischen Tagesordnung des Parteitages stehen. Die Delegierten werden über Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt debattieren. Die Forderungen der CDA stehen zur Abstimmung, viele CDU-Kreisverbände unterstützen die drei wichtigsten Vorschläge der Christlich-Sozialen: Die Einführung einer Lohnuntergrenze, weniger Möglichkeiten für Befristungen und mehr Lohngerechtigkeit in der Leiharbeit. Neben dem arbeitsmarktpolitischen Antrag hat die CDA eine Reihe von Änderungsanträgen zum Leitantrag „Bildungsrepublik Deutschland“ eingereicht. Darin wird unter anderem gefordert, ein obligatorisches beitragsfreies Vorschuljahr einzuführen.

Außerdem hat der CDA-Bundesvorstand beschlossen, seinen Beschluss vom Februar 2011 zur Fortentwicklung der Pflegeversicherung als Antrag einzubringen. Darin schlägt die CDA unter anderem den Aufbau einer Demografiereserve bei den gesetzlichen Pflegekassen vor. Der Antragstext wird auf den folgenden Seiten dokumentiert.

Ein weiterer Tagesordnungspunkt ist die Debatte um die „Eurokrise“. Diskutiert wird ein europapolitischer Leitantrag. Diesen hat eine hochkarätig besetzte innerparteiliche Arbeitsgruppe erarbeitet. Auf Vorschlag der CDA hat der Erste stellvertretende Vorsitzende Dr. Christian Bäumler an den Sitzungen des Gremiums teilgenommen. Seine Ansichten zur Zukunft des Euro beschreibt er in seinem Artikel ab Seite 18. ■

Die zuständige Antragskommission hat beschlossen, dem CDU-Bundesparteitag die Annahme des Antrages der CDU Nordrhein-Westfalen für die Einführung einer allgemeinen Lohnuntergrenze zu empfehlen. Maßgeblich am Zustandekommen des Beschlusses beteiligt war der stellvertretende CDA-Vorsitzende Dr. Ralf Brauksiepe.

Der empfohlene Antrag geht zurück auf den CDA-Antrag „Weil Arbeit WERTvoll ist“. Zwar ließ sich die Kommission nicht von der CDA-Position zur sachgrundlosen Befristung überzeugen. Es ist aber gelungen, die CDA-Forderungen nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ in der Zeitarbeit und nach einer allgemeinen Lohnuntergrenze in dem Gremium durchzusetzen. Wenn die Parteitagsdelegierten dem Votum der Antragskommission folgen, dann wäre das ein wichtiger Schritt in der Debatte über den gerechten Lohn, die mit dem Beschluss der CDA-Bundestagung im Mai angestoßen wurde.

Neben den CDU-Verbänden, die formal als Antragssteller aufgetreten sind, haben CDA-Kolleginnen und -Kollegen in zahlreichen weiteren Kreisverbänden Unterstützungsvoten und entsprechende Aufforderungen an die Parteitagsdelegierten durchgesetzt.

CDA-Antrag an den Parteitag

Pflegeversicherung für weitere Herausforderungen stärken



Die soziale Pflegeversicherung wurde 1995 als eigenständige Säule der gesetzlichen Sozialversicherung eingeführt. Damit wurden Leistungen zur Mitfinanzierung des pflegebedingten Mehraufwands im Alter und gewisse Teile der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung in ein Versicherungssystem übertragen. Versicherte erhielten hierdurch ohne Vorversicherungszeiten einen Anspruch auf Geld- und Sachleistungen. Sie wurden unabhängig von der gesteuerten Mangelverwaltung der örtlichen und überörtlichen Sozialhilfeträger. Die Zahl der Leistungserbringer hat sich flächendeckend deutlich erhöht. Die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stieg allein seit 1999 von ca. 625.000 auf über 800.000.

Die Pflegeversicherung ist vom Beginn an solide finanziert und verfügte stets über ausreichend Liquidität. Die Beitragslasten der Pflegeversicherung tragen bislang allein die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Rentnerinnen

und Rentner. Zwar wird der Beitrag mit einem Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil abgeführt, jedoch wurde der Arbeitgeberanteil durch den Wegfall des Buß- und Bettleistung (mit Ausnahme Sachsens) kompensiert. Die Blüm´sche Pflegeversicherung hat sich bewährt. Im Jahr 2007 wurden erste sinnvolle Schritte zur Weiterentwicklung beschlossen.

Dazu gehörten

- die Dynamisierung der Leistungsentgelte,
- Leistungen zur Betreuung von Menschen mit Demenz,
- die Erhöhung ambulanter Leistungen,
- der Rechtsanspruch auf 10 Tage Pflegezeit,
- die sechsmonatige unbezahlte, aber sozialversicherte Freistellung und
- der Abbau bürokratischer Auflagen.

Die christlich-liberale Koalition muss nun die Pflegeversicherung für die weiteren Herausforderungen stärken. Unsere Gesellschaft verändert sich, die Menschen werden älter, die Versorgung von Pflegebedürftigen durch die Familie wird aus vielen Gründen schwieriger. Es bedarf weiterer Hilfen für Pflegebedürftige und deren Angehörige. Altersdemenz steigt in starkem Maße an. Deren besondere Anforderungen bedürfen einer entsprechenden Berücksichtigung auf der Leistungsseite. Neue Wohnformen zwischen ambulant und stationär müssen entwickelt und gefördert werden. Prävention und Reha brauchen eine breite Unterstützung und Förderung. Mit der Umsetzung eines neuen Pflegebegriffs lassen sich die persönlichen Bedarfe der Betroffenen besser abbilden. Unsere Gesellschaft muss sich intensiver mit der Pflege auseinandersetzen. Oftmals werden die Bedeutung, die Notwendigkeit und der Wert der Pflege für die Gesellschaft unterschätzt. Das Thema geht uns alle an und berührt früher oder später einen großen Teil unserer Bevölkerung. Daher ist eine stärkere gesellschaftliche Befassung mit dem Thema dringend notwendig. Um eine höchstmögliche Qualität in der Pflege zu erreichen, müssen die Pflegeberufe weiterentwickelt und attraktiver gemacht werden. Dazu gehört zunächst eine tarifgerechte Bezahlung, die auch bei der Aushandlung der Pflegesätze zu Grunde gelegt werden muss. Gute Pflegefachkräfte können nur gewonnen werden, wenn eine gute Entlohnung erfolgt. Darüber hinaus bedarf es einer Reform der Ausbildung in der Pflege.

Schließlich gilt es, eine Antwort zur Finanzierung der Mehrbelastungen durch den demografischen Wandel zu finden. Ab ca. 2027 werden für einen Zeitraum von rund 20 Jahren enorme (absolute und relative) Steigerungen der Fallzahlen in der Pflegeversicherung anstehen. Die geburtenstarken Jahrgänge 1949 – 1969 dürften deutlich höhere Ausgaben verursachen. Bei gleichen Leistungen ist damit bei höheren Fallzahlen mit einer Ausgabensteigerung von 50 bis 60 Prozent zu rechnen.

Der CDU-Bundesparteitag beschließt:

Die Pflegeversicherung muss mit folgenden Kernelementen fortentwickelt werden.

Gesellschaftliche Wertschätzung der Pflege

Unsere Gesellschaft muss den Wert der Pflege erkennen und wahrnehmen. Viele Menschen werden in Zukunft auf die soziale Pflegeversicherung angewiesen sein. Damit die Pflege als wichtiges Element der gesetzlichen Sozialversicherung von den Menschen begriffen wird, muss der Stellenwert der Pflege explizit hervorgehoben werden.

Verlässliche Unterstützung von pflegenden Angehörigen und Ehrenamtlichen

Jeder Mensch ist am Anfang und am Ende seines Lebens in besonderer Weise auf die Unterstützung durch die Mitmenschen angewiesen. In den vergangenen Jahren wurden die Hilfen für Familien mit Kindern verlässlich erweitert. Dies muss auch für diejenigen gelten, die Menschen in ihrer letzten



Lebensphase begleiten, betreuen und pflegen.

Weiterentwicklung des Pflegebedürftigkeitsbegriffes

Entsprechend den Ergebnissen der Gohde-Kommission muss der Anknüpfungspunkt für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff die Erhaltung der Selbstständigkeit sein. Gemäß dem Gutachten der Kommission sollen Bedarfsgrade eingeführt werden, die sich statt an den aufgewendeten Pflegeminuten am Grad der Selbstständigkeit orientieren. Diese Einstufung schafft mehr Gerechtigkeit, zumal Menschen mit Demenz angemessen berücksichtigt werden.

Fortschreibung der Dynamisierung der Leistungsentgelte

Durch den regelmäßigen Anstieg der Preissteigerungsrate unterliegen Pflegeleistungen einem Wertverfall, wenn sie nicht stetig angepasst werden. Um dies zu verhindern, müssen die Leistungen fortwährend dynamisiert werden. Ansonsten droht den Leistungsempfängern eine Deckungslücke.

Neue Versorgungsformen schaffen

Mit Mehrgenerationenhäusern und Alten-WGs usw. gibt es bereits jetzt neue Formen der Versorgung. Um zwischen der ambulanten und stationären Versorgung flexible alternative Formen zu schaffen, müssen die Leistungen dem individuellen Bedarf der Pflegebedürftigen angepasst werden. Hierbei muss die Finanzierung neuartiger Wohnformen möglich sein.

Technische Assistenz

Die finanzielle Förderung von altersgerechtem Wohnen muss weiter ausgebaut werden. Dies muss sowohl für bauliche Maßnahmen gelten als auch für technische Hilfsmittel. Die Nutzung altersgerechter Assistenzsysteme muss über die Pflegeversicherung mitfinanziert werden.

Medizinische Versorgung in Heimen

Mit der letzten Pflegereform wurde eine verstärkte Kooperation von Ärzten mit Heimen gesetzlich ermöglicht. Für die Praxis ist eine gute medizinische

Versorgung in den Heimen rund um die Uhr wünschenswert. In diesem Zusammenhang ist zu prüfen, ob auch Pflegeeinrichtungen als Träger von Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) infrage kommen.

Prävention und Reha vor Pflege

Vor Eintritt in die Pflegebedürftigkeit ist von den Leistungsträgern zu prüfen, ob zunächst Rehabilitationsmaßnahmen zur Verhinderung der Pflegebedürftigkeit umzusetzen sind. Der Grundsatz „Reha vor Pflege“ muss auch in der Praxis Vorrang haben. Die Leistungsträger müssen in die Pflicht genommen werden, Rehabilitationsmaßnahmen zu prüfen und genügend Angebote für entsprechende Maßnahmen zu schaffen.

Stärkere Verpflichtung der Kommunen

Neben den Pflegekassen und den Einrichtungen müssen die Kommunen sich dem Thema Pflege verstärkt annehmen und besser eingebunden werden. Gerade im Bereich der Wohn- und Versorgungsformen stehen die Kommunen in der Pflicht, mit den Trägern intensiv zusammenzuarbeiten und auf die Schaffung einer notwendigen sozialen Infrastruktur hinzuwirken.

Pflege-Transparenzvereinbarungen

Die Qualität in den Pflegeeinrichtungen muss den Pflegebedürftigen und Angehörigen transparent aufgezeigt werden. Daher gilt es, das bisherige System der Pflege-Transparenzvereinbarungen weiter zu entwickeln und die diskutierte Schiedsstellenregelung zügig umzusetzen.

Behandlungspflege in stationären und teilstationären Einrichtungen

Die Finanzierung der Behandlungspflege in stationären und teilstationären Einrichtungen muss wie in der ambulanten Pflege über die Krankenversicherung erfolgen.

Neuordnung der Ausbildung

Die Neuordnung der Pflegeberufe soll sich an den Standards dualer Berufsausbildung orientieren. Um mehr berufliche Einsatzmöglichkeiten zu schaffen, sollen die Ausbildungen in der Pflege zu einer Berufsfamilie mit Fachrichtungen zusammengefasst werden. Ältere Berufserfahrene in der Pflege sollen bessere Möglichkeiten erhalten, reguläre Aus- und Fortbildungsabschlüsse zu erwerben.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf

Um eine bessere Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu erreichen, unterstützen wir die Einführung der Familienpflegezeit. Pflegenden haben Anspruch auf Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit. Eine bessere Anrechnung von Pflegezeiten auf die Rente würde eine spürbare Entlastung für pflegende Angehörige bedeuten.

Finanzierung der Leistungserweiterungen durch notwendige Beitragserhöhungen

Ohne eine Erhöhung des Pflegeversicherungsbeitrages sind die dargestellten Leistungserweiterungen nicht realisierbar. Der Gesellschaft muss bewusst sein, dass gute Pflege nicht zum Nulltarif zu haben ist. Daher müssen wir die Finanzierung der Pflegeversicherung nachhaltig gestalten und die dafür erforderliche Beitragserhöhung vornehmen. In diesem

Zusammenhang sollte auch eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze ins Auge gefasst werden.

Demografiereserve aufbauen

Mit dem Ansparen der Demografiereserve muss jetzt begonnen werden. Die Demografiereserve muss bei den gesetzlichen Pflegekassen eingerichtet und mündelsicher angelegt werden. Dies ist ein nachhaltiger Beitrag zur Generationengerechtigkeit. Zum Aufbau der Demografiereserve soll eine zusätzliche Beitragserhöhung vorgenommen werden, die paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu finanzieren ist. Für Rentnerinnen und Rentner soll es zumindest eine teilweise Berücksichtigung dieser zusätzlichen Lasten bei der nächsten Rentenerhöhung geben.

Angemessene Beteiligung der Arbeitgeber

Arbeitgeber müssen ebenfalls ihren Beitrag zur Finanzierung der Pflegeversicherung leisten. Wer gute und verlässliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einfordert, muss auch für eine angemessene Versorgung der Menschen im Falle der Pflegebedürftigkeit einstehen. Dies muss bei der Lastenverteilung berücksichtigt werden.

Entbürokratisierung in der Pflege

Um mehr Zeit für die eigentliche Pflege zu haben, müssen Pflegenden von unnötiger Bürokratie verschont bleiben. Die Dokumentation der Pflege ist notwendig, muss aber auf ein überschaubares Maß beschränkt werden. Daher muss der Weg der Entbürokratisierung in der Pflege fortgesetzt werden. ■

Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist...“: Bericht aus der Hauptgeschäftsstelle



Die saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer war eine Unterstützerin der ersten Stunde. Hier besucht sie den Kampagnen-Stand bei der Bundestagung der Frauen Union.

Der 15. September ist das magische Datum: Der Start unserer CDA-Kampagne „Weil Arbeit WERTvoll ist...“. Die Vorbereitungen laufen seit Monaten, schon im Juli hatte der Bundesvorstand das Konzept beschlossen. Jetzt ist der Antragstext recherchiert und formuliert, Broschüren und Argumentationspapiere sind fertig. Es kann also losgehen...

Die Kampagne wird zwei Wochen vor ihrem eigentlichen Beginn eingeläutet: Karl-Josef Laumann erläutert bei einer Pressekonferenz den Journalisten den Antragsentwurf und die dahinterstehende Philosophie. Auf den Gesichtern der Medienvertreter im überfüllten Besprechungsraum der Berliner Geschäftsstelle spiegelt sich Interesse – und oft Wohlwollen. Nach seinem Statement muss der Bundesvorsitzende viele Nachfragen

beantworten. Wenig später rattert die Nachricht über die Ticker: „CDA fordert Lohnuntergrenze und weniger Befristungen“. Am folgenden Tag berichten die Medien bundesweit. Die CDA ist in den Schlagzeilen, die Diskussion in der CDU ist eröffnet.

In der Geschäftsstelle regiert auch in den folgenden Tage hektische Betriebsamkeit: Die Sonderausgabe der „Sozialen Ordnung“ zur Kampagne muss „in Druck“, damit sie pünktlich zum offiziellen Kampagnenstart in den Briefkästen von Mitgliedern und Abonnenten liegt. Im Schlussspurt werden die letzten Zeilen geschrieben, Bilder ausgesucht und Fakten geprüft. Derweil treffen immer neue Wasserstandsmeldungen aus den CDA-Kreisverbänden ein. Mehrere rheinland-pfälzische CDU-Kreisvorsitzende fordern öffentlich eine Lohnuntergrenze. Stolz berichtet

ein Kollege aus Westfalen, der Antrag sei „eins zu eins“ in seinem CDU-Kreisvorstand beschlossen worden. Das klappt natürlich nicht überall. Einige CDA-Anträge werden abgeschmettert, vielerorts gibt es Kompromisse. Viele berichten, dass aufgrund des CDA-Antrags im CDU-Kreisvorstand so heftig diskutiert worden wäre wie lange nicht mehr. Was hat Karl-Josef Laumann noch in einem Interview gesagt? „Die Kampagne ist der Beitrag der CDA zur Re-Politisierung der CDU-Basis“. Dieses Ziel haben wir schon mal erreicht!

Ein Kreisverband in Niedersachsen bestellt Flyer für einen Stand. Immer wieder kommen E-Mails mit Statements. Viele CDA-Mitglieder zeigen Kreativität dabei, unser Kampagnen-Motto „Weil Arbeit WERTvoll ist...“ um einen Halbsatz zu ergänzen. Wir können nicht alle veröffentlichen, freuen uns aber über alle Beiträge. Im Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter schulen wir in einem Presseseminar 12 CDAler darin, die Botschaften des Antrags in die lokalen und regionalen Medien zu bringen.

Unterstützer geben sich zu erkennen: Die neue saarländische Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer spricht sich als Erste öffentlich für unseren Vorschlag einer Lohnuntergrenze aus. Auch Ministerin Ursula von der Leyen bewegt sich langsam aber sicher in unsere Richtung. Die Hamburger CDU, eigentlich eher hanseatisch-kaufmännisch geprägt, schlägt sich mit großer Mehrheit auf unsere Seite. Sicher auch ein Erfolg für den neuen Landesvorsitzenden, unseren CDA-Kollegen Marcus Weinberg.

Natürlich spüren wir auch Gegenwind: Die MIT will die Möglichkeiten für

Befristungen sogar ausweiten. Sind denn neun Prozent Befristungsquote nicht mehr als genug? Das Tarifsysteem in Deutschland funktioniere einwandfrei, es gebe keinen Handlungsbedarf, so die MIT. Woher bitteschön kommen denn dann Dumpinglöhne? Und wer legt die Löhne der Million Beschäftigten fest, die weniger als fünf Euro pro Stunde verdienen? Briefe gehen hin und her, es gibt ein Treffen von CDA und MIT auf Spitzenebene. Ein echter Konsens ist nicht möglich, aber unter Freunden muss man eben auch streiten können. Das hält eine Volkspartei aus...

Unser CDA-Kampagnenstand steht unter anderem auf den Bundestagungen von RCDS und der Frauen Union. Wir erhalten viel Zuspruch und verteilen fleißig Flyer an Delegierte und Hauptamtliche. Wer weiß, vielleicht sind unter ihnen ja auch Delegierte beim Parteitag... Ein RCDSler lobt unsere Forderungen. Er bekommt sofort einen Aufnahmeantrag in die Hand gedrückt, den er bald darauf unterschrieben zurückgibt.

Die Frauen Union debattiert bei ihrer Bundestagung in Wiesbaden über die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In ihrem schriftlichen Grußwort erinnern Karl-Josef Laumann und Frauen-AG-Vorsitzende Karin Möhle daran, dass vor allem Frauen im Dienstleistungssektor Niedrigstlöhne erhalten – und von einer Lohnuntergrenze profitieren würden. In ihrer Rede verkündet die FU-Vorsitzende Prof. Dr. Maria Böhmer dann auch unter dem Applaus der Delegierten, dass die FU die CDA-Forderungen beim Parteitag unterstützen wird. Die kurz zuvor zur stellvertretenden FU-



Auch auf der KAB-Bundesverbandstag in Würzburg war der Kampagnen-Stand zu Gast

Bundesvorsitzenden gewählte Anneliese Kramp-Karrenbauer besucht kurz darauf unseren Stand.

Besonders viel Zustimmung zu unserer Kampagne kommt übrigens von der Senioren Union. Karl-Josef Laumann hat bereits im Juli unseren Antrag im Bundesvorstand der SU vorgestellt. Auch der Landesvorstand der Senioren Union Oldenburg befasste sich mit den CDA-Forderungen. Der Vorsitzende Egon Müller fasste die Ergebnisse der Diskussion so zusammen: „Es muss etwas passieren! Junge Menschen müssen schließlich Lebensperspektiven aufbauen können.“ Viele der Anwesenden können eigene Geschichten erzählen: Von Kettenbefristungen ihrer Enkel, von immer mehr Leiharbeitern und immer weniger Stammkräften in der alten Firma, von niedrigen Stundenlöhnen bei ihrer Friseurin.

Auf allen Regionalkonferenzen der CDU werden unsere CDA-Themen angesprochen. In Dortmund will ein CDA-Kreisvorsitzender aus dem Müns-

terland die Kanzlerin nach ihrer Meinung zum Equal-Pay-Grundsatz fragen. „Sind Sie nicht auch der Meinung, dass es auch in der Leiharbeit für gleiche Arbeit...“ Weiter kommt er nicht. Seine Frage geht im tosenden Applaus der 1.000 Parteimitglieder in der Westfalenhalle unter. Spätestens, nachdem bei der Regionalkonferenz in Baden-Württemberg die Debatte um eine Lohnuntergrenze zum Mittelpunkt der Veranstaltung wird, ist das Thema in der Partei angekommen.

Das Antragsbuch zum Parteitag zeigt es schließlich schwarz auf weiß: 30 CDU-Verbände unterstützen unsere Forderungen. Das ist ein Erfolg der CDA-Kolleginnen und CDA-Kollegen vor Ort. Viele haben Anträge eingereicht, die wortgleich mit dem CDA-Antrag sind. Andere haben den Antrag abgewandelt. Wieder andere haben ganz neu formuliert und eine oder mehrere Forderungen übernommen. Noch ist nichts gewonnen: Jetzt geht es darum, die Delegierten auf dem Bundesparteitag zu überzeugen. ■

„Die Hauptschule hat an Akzeptanz verloren“ Interview mit Ingrid Sehrbrock



Ingrid Sehrbrock

ist stellvertretende Vorsitzende des DGB und stellvertretende Vorsitzende der CDA. Außerdem ist sie Mitglied im CDU-Bundesvorstand.

SO!: Auf dem CDU-Parteitag im November wird der Leitantrag „Bildungsrepublik Deutschland“ zur Abstimmung stehen. Als stellvertretende DGB-Vorsitzende bist Du auch für Bildungspolitik zuständig. Wie schätzt Du den Antrag ein?

Der Antrag ist ein Schritt hin zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Er enthält Vorhaben, die dringend angegangen werden müssen. Zum Beispiel den Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Ganztagschulen. Wir begrüßen, dass sich der Antrag ganz deutlich für die Gleichwertigkeit eines beruflichen Abschlusses und der Hochschulzugangsberechtigung sowie für eine

Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte ausspricht. Auch die Verbesserung der Anerkennungspraxis von im Ausland erworbenen Abschlüssen und Qualifikationen ist ein notwendiger Schritt, um Menschen die Integration zu erleichtern.

Das klingt doch nach einem gelungenen Papier. Ist der DGB zufrieden?

Es ist ein gutes Papier, mit dem die CDU einen Quantensprung macht. Erstmals hat die Berufsbildung das Gewicht, das ihr zusteht. Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit von Bildungswegen werden endlich eingefordert. Die demografische Entwicklung hilft, sich bei festgefahrenen Positionen (Schulform) endlich zu bewegen. Aus Sicht des DGB brauchen wir aber noch Antworten auf die Frage der Studienfinanzierung. Gut, dass die CDU in Zukunft verstärkt junge Menschen aus nicht akademischen Elternhäusern für ein Studium gewinnen will. Mit oder ohne Studiengebühren? Auch ein Bekenntnis zu einem starken BAföG wäre ein wichtiges Signal für die Studierenden. Im Bereich der Weiterbildung bleiben die Vorhaben hinter den Koalitionsvereinbarungen zurück.

Bundesbildungsministerin Schavan will die Hauptschule abschaffen. Was hältst Du von diesem Vorschlag?

Die Hauptschule hat an Akzeptanz verloren, nur noch zwei Prozent der Eltern melden ihr Kind an der Hauptschule an. Die Hälfte der Absolventen/-innen geht nach der Schule leer aus, wenn

es um Ausbildungsplätze geht. Selbst Handwerksbetriebe fragen nach dem mittleren Schulabschluss. Der demografische Wandel sorgt dafür, dass in dünn besiedelten Ländern mehrgliedrige Schulsysteme nicht mehr aufrechterhalten werden können. Das können wir nicht länger ignorieren.

Das heißt also Abschaffung der Hauptschule?

Ja, Haupt- und Realschule werden zu einer „Oberschule“ zusammengeführt. Das kann aber nur ein erster Schritt sein. Wir brauchen Ganztagschulen, die alle Kinder ihren Fähigkeiten entsprechend fördern. Schulen, die eine hohe Anzahl an so genannten Risikoschülern/-innen verzeichnen, müssen mit zusätzlichen Lehrkräften, Schulsozialarbeitern/-innen und Schulpsychologen/-innen ausgestattet werden. Auch die Eltern müssen einbezogen werden. Einer Schule einen neuen Namen zu geben, führt nicht zu mehr Qualität.

Die meisten Bundesländer haben die Hauptschule bereits abgeschafft. Ist die Diskussion für diese Länder nicht paradox?

Nein, das denke ich nicht. Alle Länder sind von der Qualitätsdebatte betroffen. Sie müssen sich überlegen, wie sie in Zukunft in Bildung investieren möchten. In den kommenden Jahren wird es 1,8 Mio. Schüler/-innen weniger geben. Das dadurch frei werdende Geld muss in den Schulsystemen der Länder

verbleiben und in Qualität investiert werden. Auch die Lehrerausbildung muss verbessert werden, und wir brauchen eine Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern. Wir verlangen von den Arbeitnehmern/-innen Mobilität, stellen aber unsägliche Hürden auf, wenn sie das Bundesland wechseln.

Du sagtest, dass die Hälfte der Hauptschüler keinen Ausbildungsplatz bekommt. Was muss passieren?

Wir brauchen eine gezielte Förderung von Jugendlichen mit schlechten Startchancen an den Schulen und wir brauchen eine Neugestaltung des so genannten Übergangssystems. Es darf nicht sein, dass Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz bekommen, in Warteschleifen geparkt werden. Diese Zeit ist verloren Zeit. Wir brauchen eine Ausbildungsplatzgarantie. Jugendliche, die nicht direkt in eine Ausbildung einmünden, müssen eine staatlich geförderte Ausbildung bekommen.

Jugendliche mit Migrationshintergrund werden häufig als Bildungsverlierer bezeichnet. Wie kann ihnen geholfen werden?

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Zwanzig Prozent der in Deutschland lebenden Menschen haben einen Migrationshintergrund. Migranten/-innen werden aber immer noch als Personengruppe gewertet, deren Arbeitsmarktpotenzial nicht berechenbar ist, da sie jederzeit in ihr Herkunftsland zurückkehren könnten. Wir müssen endlich begreifen, dass diese Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen sind. Sie haben das Recht auf die gleichen Chancen im Bildungs- und Beschäftigungssystem, nicht nur



benachteiligte Migranten/-innen, auch die gut qualifizierten. Darum müssen Barrieren abgebaut und gerade jungen Migranten/-innen beim Einstieg in das Berufsleben unterstützt werden.

Etwas ist neben der Hauptschuldebatte untergegangen: Die CDU fordert in ihrem Antrag einen Bildungsrat. Wie findest Du diesen Vorschlag?

Die Einrichtung eines Bildungsrates wäre ein echter Quantensprung. Die Idee ist nicht neu, aber sie hätte große Auswirkungen. Ein Bildungsrat, mit Autorität und Kompetenzen ausgestattet, könnte wissenschaftliche und bildungspolitische Empfehlungen geben, um die Bund und Länder nicht herunkämen. Laut Nationalem Bildungsbericht gibt es in 14 Bundesländern 17 Programme zur Sprachförderung in Kindergärten. Gemeinsam evaluiert werden sie nicht, hier könnte der Bildungsrat Vorschläge machen. Ein gutes Beispiel für das Funktionieren eines solchen Gremiums wie der Bildungsrat ist übrigens der Wissenschaftsrat.

November ist nicht mehr weit, Annette Schavan macht im Land Werbung

für ihre bildungspolitischen Vorhaben. Wird sie sich in Leipzig durchsetzen können?

Es wird sicher eine konstruktive Diskussion geben, das ist aber kein Sonderfall. Ich wünsche mir, dass wir in Leipzig wichtige Schritte nach vorne gehen und eine zukunftsweisende Bildungspolitik verabschieden. Dann jedoch müssen diese Vorhaben mit Inhalten gefüllt werden.

Was muss dann passieren?

Bund und Länder müssen wie versprochen die Ausgaben für Bildung erhöhen. Das Kooperationsverbot zwischen Bund und Länder muss abgeschafft werden, damit Bund und Länder besser zusammenarbeiten können. Und die Länder müssen dringend ihre Rotstiftpolitik im Bildungsbereich beenden. Wer an Bildung spart, zahlt am Ende drauf, das hat aktuell die OECD bestätigt. Unterm Strich profitiert der Staat erheblich von den guten Bildungsabschlüssen der Menschen. Nämlich durch höhere Steuereinnahmen und geringere Transferleistungen. Ein guter Grund, endlich eine echte Bildungsinitiative zu starten. ■

Sagen Sie mal...? Bundesbildungsministerin Dr. Annette Schavan



Foto: BMBF / Chaperon

Dr. Annette Schavan

ist Bundesbildungsministerin. Zuvor war sie von 1995 bis 2005 Kultusministerin in Baden-Württemberg.

Was erwarten Sie von der Debatte über den Leitantrag „Bildungsrepublik Deutschland“ auf dem CDU-Parteitag im November?

Zum Markenkern der CDU gehört, die Zukunftschancen der jungen Generation in den Mittelpunkt ihrer Politik zu stellen. Dies werden wir auf dem Parteitag unterstreichen. Wir wollen unser Streben darauf ausrichten, in zehn Jahren eines der besten Bildungssysteme der Welt zu haben. Das Thema ist für die Union immens wichtig, das zeigen die Beteiligung und die Resonanz auf den Leitantrag. Die Bevölkerungsentwicklung führt dazu, dass es in neun Jahren rund 1,3 Millionen weniger Schüler in Deutschland geben wird. Darauf braucht es eine strukturelle Antwort, vor allem im ländlichen Raum.

Diese Antwort geben wir in unserem Leitantrag.

Der Antragsentwurf betont die Gleichwertigkeit von allgemeiner, akademischer und beruflicher Ausbildung. Was genau ist damit eigentlich gemeint? Warum hat Deutschland innerhalb Europas eine der niedrigsten Raten bei der Jugendarbeitslosigkeit?

Weil wir berufliche Bildung haben. Überall in der Welt werden wir darum beneidet. Das ist eine starke Seite des Bildungssystems. Wichtig ist, dass wir zu noch mehr Durchlässigkeit in unserem Bildungssystem kommen. Seit 2007 dürfen Meister und Techniker studieren, 2009 gab es einen Beschluss der deutschen Kultusminister, den Uni-Zugang für alle beruflich Gebildeten zu ermöglichen. Und ab dem kommenden Jahr soll es dann den „Deutschen Qualifizierungsrahmen“ geben, der akademische und berufliche Bildung endgültig vergleichbar macht. Für Bildungsaufsteiger bieten sich damit große Chancen.

Die CDU plant eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen mit Abschluss. Aber wie kann man Schülern mit Defiziten einen Weg in Ausbildung ebnen?

Prävention statt Reparatur lautet das Credo unserer Bildungsketten-Initiative, die wir im letzten Jahr gestartet haben. Die Initiative hat das Ziel, Schulabbrüche deutlich zu verringern, die Übergänge von der Schule in die Ausbildung und

später ins Berufsleben zu verbessern und dadurch dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Bundesweit begleiten über 2000 hauptamtliche Bildungslotsen und 1.000 ehrenamtliche Senioren Experten Jugendliche in der Schule und in der Ausbildung. Die wichtigsten Maßnahmen sind dabei Potenzialanalysen von allen Schülern ab der 7. Klasse, der mehrjährige Einsatz von Bildungslotsen bei abschlussgefährdeten Schülern, die individuelle Förderpläne erhalten, und eine frühzeitige, praxisorientierte Berufsorientierung während der Schulzeit. Denn jeder Jugendliche hat eine faire Chance verdient

Die Anzahl der Ausbildungsabbrüche soll sinken. Was kann die Politik dafür tun?

Ein Ausbildungsabbruch kann für viele Jugendliche zu unnötigen Warteschleifen und Problemen bei der Fortsetzung einer Ausbildung führen. Aber auch für die Unternehmen sind Ausbildungsabbrüche unangenehm, da Ausbildungsplätze erneut besetzt werden müssen, in vielen Fällen bleiben sie dann sogar unbesetzt. Deshalb hat das Bundesbildungsministerium mit den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft die Initiative VerA gestartet. Die Idee dahinter: Wenn es Schwierigkeiten am Ausbildungsplatz, in der Berufsschule oder im persönlichen Umfeld gibt, wenn die Motivation für den künftigen Beruf zu gering oder die Angst vor Prüfungen groß ist, stehen unabhängige, ehrenamtlich tätige und geschulte Fachkräfte im Ruhestand - die so genannten Seniorexperten - zur Verfügung. Sie engagieren sich intensiv für einzelne Jugendliche und wollen helfen, die Motivation der Auszubildenden und ihre sozialen Kompetenzen zu stärken. Sie

wollen ihnen bei sprachlichen Defiziten, bei alltäglichen Problemen, in Prüfungs- und Krisensituationen Unterstützung geben.

Auf dem Leipziger Parteitag steht auch der CDA-Antrag für eine Lohnuntergrenze zur Abstimmung. Haben Sie Sympathien für diesen Vorstoß?

Es waren CDU-geführte Bundesregierungen, die 1996 das Arbeitnehmer-Entsendegesetz eingeführt und 2009 weitere Branchen aufgenommen haben. Eine Volkspartei wie die CDU wird sich also nicht untreu, wenn sie über diese Frage neu diskutiert. Wer wie ich von der katholischen Soziallehre geprägt ist, dem kann nicht gleichgültig sein, dass bei 20 Prozent der Beschäftigten der Lohn kaum zum Leben reicht. Für mich ist klar, dass sich die CDU diesem Thema stellen muss. Deshalb ist es gut, dass der Parteitag darüber diskutiert.

Sie sind engagierte Katholikin. Welche Rolle spielt die katholische Soziallehre für Ihr politisches Engagement?

Die katholische Soziallehre ist für unsere Arbeit heute so bedeutsam wie zu Zeiten der Parteigründung. Dazu gehört die Überzeugung, dass wir soziale Gerechtigkeit und Wirtschaftskompetenz verbinden und das Subsidiaritätsprinzip ernst nehmen. Für mich sind persönliche Glaubensüberzeugung und politische Verantwortung zwei Seiten einer Medaille. Aus meinem Glauben erwächst Verantwortung, die über das eigene Wohlergehen hinausgeht: Verantwortung für das Gemeinwohl und Gemeinwesen. Daraus erwachsen Grundhaltungen, Werte und Überzeugungen, die ich in meine politische Arbeit einbringe. ■



Stiftung Christlich-Soziale Politik und das Arbeitnehmer-Zentrum Königswinter (AZK) Das Seminar- und Bildungshaus am Rhein laden ein

Wir bieten politische Fort- und Weiterbildung für engagierte Menschen aus christlich-sozialer Verantwortung an. Weitere Infos zu den Seminaren im Internet unter www.azk.de oder telefonisch 02223 – 73 119 (Regina Wagner)

Die 3. Welt und das koloniale Erbe – am Beispiel Jamaika 21.-23. Oktober 2011 / Seminar-Nr. 6.662

Behinderung und Entwicklung – Was geht mich das an? 28.-30. Oktober 2011 / Seminar-Nr. 6.673

Frau und Religion. Die Rolle der Frau in den großen Weltreligionen 04.-06. November 2011 / Seminar-Nr. 6.052

Konfliktmanagement in Parteien und Fraktionen für Frauen 18.-20. November 2011 / Seminar-Nr. 6.054

Köln und das Rheinland – Wie Rheinländer die Bundesrepublik Deutschland prägten 21.-24. November 2011 / Seminar-Nr. 6.940

Silberlockenmarketing – Alter als Wirtschaftsfaktor und was die „Alten“ davon haben 23.-25. November 2011 / Seminar-Nr. 6.115

Stadtentwicklung heute – Aufbau und Praxisseminar – Planen und Bauen II 25.-27. November 2011 / Seminar-Nr. 6.157

Zukunftswerkstatt: „Allein beständig ist der Wandel“- Deutschland im Jahr 2050 30. November – 02. Dezember 2012 / Seminar-Nr. 6.941

It's time for Afrika – Afrikas Vielfalt 09.-11. Dezember 2011 / Seminar-Nr. 6.662

Kommunale Wirtschaftsförderung – Aufbau-seminar 09.-11. Dezember 2011 / Seminar-Nr. 6.158

Die Bildungsstätte AZK wurde im Juni 2011 nach DEHOGA mit 3*** ausgezeichnet! Genießen Sie rheinische Gastlichkeit!

**Stiftung Christlich-Soziale Politik e. V. (CSP)
Geschäftsführer Karsten Matthis
Johannes-Albers-Allee 3, 53639 Königswinter
Tel.: 02223 – 73 119 / Fax. 02223- 73 601
www.azk.de**



Soziale Marktwirtschaft ist das Fundament für Europa Ein Standpunkt von Dr. Christian Bäumler zur „Eurokrise“

Bei der Einführung des Euro ist es nicht gelungen, die gemeinsame Währung in eine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik einzubetten. Den Finanzmärkten hat die Europäische Union durch ständige Deregulierungen den Euro in die Hand gegeben. In Europa muss der Primat der Politik wiederhergestellt werden. Die Politik der Europäischen Union darf sich nicht an den Märkten, sondern muss sich an Werten orientieren.

1. Von der Finanzmarktkrise zur Eurokrise

In der öffentlichen Diskussion entsteht häufig der Eindruck, dass die aktuelle Eurokrise lediglich eine Schuldenkrise der europäischen Staaten ist, die nichts mit der Finanzkrise der Jahre 2007 bis 2009 zu tun hat. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Banken in Europa und den USA haben mit wenigen Ausnahmen noch immer Probleme. Sie haben Altlasten in Gestalt von wertlosen Papieren oder von Prozessen, die im Zusammenhang mit den faulen Immobilienkrediten aus den Vereinigten Staaten stehen. Weltweit wurden 2010 insgesamt 65 000 Milliarden Dollar an Aktien und Anleihen gehandelt. Dabei beträgt die weltweite Wirtschaftsleistung nur 62 000 Milliarden Dollar. So genannte Derivate, mit denen Wetten auf Aktien und Anleihen abgeschlossen werden können, betragen 601 000 Milliarden Dollar. Sie werden weitgehend außerhalb der Börsen gehan-

delt. Die weltweiten Devisenumsätze betragen 950 000 Milliarden Dollar.

Ein weiterer Brandbeschleuniger sind Kreditausfallversicherungen, die auf den Finanzmärkten gehandelt werden und mit denen auf die Insolvenz von Staaten gewettet werden kann. Diese Geschäfte entziehen sich bisher jeder Kontrolle und erschweren die Einschätzung der Risiken einer Staatsinsolvenz.

2. Finanzmärkte bändigen

Europa muss von den Finanzmärkten unabhängiger werden. Deshalb müssen die Finanzprodukte kontrolliert, eingeschränkt und besteuert werden. Schon eine Finanztransaktionssteuer von 0,1 Prozent auf die Umsätze im elektronischen Handel könnte die Umsätze an den Finanzmärkten in Europa reduzieren. In einem ersten Schritt muss die Finanztransaktionssteuer in der Eurozone eingeführt werden. Der europäische Rettungsschirm wird nur dann erfolgreich sein, wenn es der Europäischen Union gelingt, die Finanzmärkte zu bändigen.

Der Handel mit Finanzprodukten darf in Zukunft nur noch an den Börsen stattfinden. Nur so ist Kontrolle möglich. Hedgefonds, die sich der Kontrolle entziehen, dürfen keine Geschäfte in der Europäischen Union erlaubt sein. Die Europäische Union muss sich für die weltweite Ächtung unkontrollierter Hedgefonds einsetzen.

Finanzprodukte, die keinen Bezug zur Realwirtschaft haben, dürfen in der Europäischen Union nicht mehr zugelassen werden. Insbesondere ungedeckte Leerverkäufe und der Handel mit Kreditausfallversicherungen müssen verboten werden.

3. Deutschland in der Schuldenkrise

Deutschland hat die wirtschaftlichen Folgen der Krise durch Konjunkturprogramme, Kurzarbeit und die finanzielle Unterstützung eines Teils der Banken in den Griff bekommen. So hat der Bund Wertpapiere der Westdeutschen Landesbank und der Hypo Real Estate in den Bad Banks gebündelt. Der Bund hat Schrottpapiere dieser Banken in Höhe von 241 Milliarden Euro übernommen und um diesen Betrag seine Verschuldung erhöht.

Insgesamt hat Deutschland seine Verschuldung von 2008 bis 2010 von 1.500 Milliarden auf 2.000 Milliarden Euro erhöht. Der Anteil der Schulden am Bruttosozialprodukt stieg von 2008 bis 2010 von 63 Prozent auf 83 Prozent.

4. Eurorettung

Die Hälfte der deutschen Industrieproduktion geht ins Ausland. Wenn Deutschland wieder eine nationale Währung hätte, würde diese schon aufgrund der deutschen Exporte von knapp 1000 Milliarden Euro gewaltig an Wert gewinnen. Das wäre gut für Urlaubsreisen und schlecht für die Industrie und die Arbeitsplätze.

5. Solidarität mit Griechenland

Wenn Griechenland als schwächstes Glied aus der Eurozone herausgebrochen würde, droht eine Kettenreaktion, die auf andere europäische Partnerländer übergreifen kann. Spekulanten werden sofort auf den Staatsbankrott Portugals, Spaniens und Italiens wetten. Spätestens dann, wenn es um Italien geht, sind die bisherigen Möglichkeiten des Rettungsschirms erschöpft. Der Kampf um den Euro muss in Griechenland entschieden werden, um das Risiko einer europäischen Finanzkrise zu begrenzen.

Die Glaubwürdigkeit der europäischen Finanzpolitik setzt die Einhaltung von Zusagen im Rahmen eines Rettungspakets voraus. Das gilt für Irland und Portugal ebenso wie für Griechenland. Griechenland wird seine Verpflichtung gegenüber Europa, das Haushaltsdefizit zu senken, aber nur erfüllen können, wenn die griechische Wirtschaft wächst. Gegenwärtig drohen dem Land wegen der Rezession, die auch eine Folge des europäischen Spardiktats ist, immer neue Haushaltslöcher.

Die Europäische Union muss die für Griechenland in dieser Legislaturperiode des Europäischen Parlaments vorgesehenen Gelder bündeln und für ein Wachstumsprogramm einsetzen. Zusätzlich benötigt das Land administrative und technische Hilfe der europäischen Partnerländer. Europa muss Griechenland beim Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens helfen.

6. Eine europäische Wirtschafts- und Sozialregierung

So wichtig ein europäischer Währungsfonds für die Rettung des Euro ist, darf

er doch kein Freibrief für unverantwortliche Politik in einzelnen europäischen Ländern sein. Eine europäische Wirtschaftsregierung, die die Politik der europäischen Partnerländer verbindlich aufeinander abstimmt, ist notwendig um Missbrauch zu verhindern. Länder, die sich an die Bedingungen eines Hilfsprogramms nicht halten, müssen Hoheitsrechte teilweise abgeben, wenn sie in der Eurozone bleiben wollen.

Wirtschafts- und Sozialpolitik gehören zusammen. Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen auch in der Europäischen Union gelten. Deshalb muss es eine europäische Wirtschafts- und Sozialregierung geben. Eine europäische Wirtschafts- und Sozialregierung muss sich bei der Festlegung von Regeln und Standards an der Würde der Menschen, am Grundsatz der Solidarität und an der Subsidiarität orientieren.

In der Globalisierung legitimiert sich Europa auch durch den Schutz vor Ausbeutung und das Streben nach sozialer Gerechtigkeit. Europaweit muss in den Unternehmen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer möglich sein. Die Leiharbeiter dürfen im Vergleich zur Stammbesetzung nicht benachteiligt werden. In den europäischen Partnerländern müssen verbindliche Lohnuntergrenzen für alle Arbeitnehmer im jeweiligen Land gelten.

Die Systeme der sozialen Sicherung sind in den europäischen Partnerländern unterschiedlich aufgebaut. Unabhängig von den Strukturen wirken sich Haushaltsentscheidungen und damit auch europäische Richtlinien für die Finanzpolitik auf Sozialleistungen aus. Hier entscheidet sich, ob Europa eine Solidargemeinschaft ist. Deshalb muss

Europa, wenn es um Gesundheit, Rente und Pflege geht, soziale Mindeststandards festsetzen.

7. Keine Eurobonds

Die Einführung von Eurobonds würde bedeuten, dass die Regierungen der Euroländer Schulden aufnehmen, für die alle Euroländer vollumfänglich haften. Damit wären die Regierungen der Euroländer für die Folgen ihrer Entscheidungen finanziell nicht mehr voll verantwortlich. Die SPD schlägt vor, die Eurobonds auf 60 Prozent des Bruttosozialprodukts zu begrenzen. Damit würde das Problem der Trennung von Entscheidung und Haftung begrenzt, aber nicht aufgehoben.

Seit Anfang des Jahres hat der europäische Rettungsschirm Anleihen aufgenommen, für die Deutschland anteilig mit 27 Prozent haftet. Der europäische Rettungsschirm hat für diese Anleihen 0,8 Prozent mehr Zinsen gezahlt, als Deutschland für seine Bundesanleihen aufbringen muss. Da Deutschland jedes Jahr mindestens Anleihen im Wert von 300 Milliarden aufnimmt um fällige Bundesanleihen zu tilgen, würde die Zinsbelastung um mindestens 2,4 Milliarden jährlich steigen.

Auch die Anleihen des europäischen Rettungsschirms sind Eurobonds, doch entscheiden über deren Verwendung die europäischen Regierungen gemeinsam und nicht selbstständig. Diese Verbindung von Entscheidungen und Haftung passt dann zusammen, wenn die europäischen Parlamente in die Entscheidungen über den Einsatz des Geldes einbezogen werden. ■

Dr. Christian Bäumler

Ratingagenturen müssen ihre Aufgaben erfüllen

Fachartikel von Sascha Brok und Dennis Radtke (Teil 1)

Nicht zuletzt die Diskussionen um die Beurteilung der Schulden tragfähigkeit der USA und einzelner Euroländer haben Arbeitsweise und Aufgabe der internationalen Ratingagenturen infrage gestellt. Auch unter der undurchsichtigen Rolle im Vorfeld der Finanzkrise bei der Klassifizierung von Verbriefungen und Krediten auf dem amerikanischen Immobilienmarkt hat das Ansehen der Ratingexperten gelitten. Bestrebungen, die Dominanz der USA auf diesem Feld zu brechen, gab es in Europa mehrfach – ohne flächendeckenden Erfolg. Auf die Wirtschafts- und Finanzkrise rückblickend, kann man den Eindruck gewinnen, dass anstelle von Ratingagenturen genauso gut eine Hellseherin und deren Glaskugel für die Bewertung von Staaten und Unternehmen bestellt werden könnte.

„Prognosen gelten als ungewiss, besonders, wenn sie die Zukunft betreffen.“ Was flapsig klingt, hat eine ernste Grundlage. Die Beurteilung eines Sachverhaltes ist oft schwieriger als man glaubt. Zusammenhänge ändern sich und erfordern eine Neubeurteilung. Das gilt auch für das Risiko bei der Kreditvergabe. Ausgangspunkte sind das Sammeln und Gewichten aller verfügbaren Informationen über den Kreditnehmer. Gerade weil sich Bedingungen und Daten ändern können, ist Erfahrung und Intuition für die Meinungsbildung unerlässlich. Der „gesunde Menschenverstand“ muss immer eine Rolle spielen. Die Fähigkeiten des Kreditgebers müssen

richtig eingeschätzt werden. Passt das Engagement zu mir? Kann ich das Risiko jetzt und übermorgen tragen? Welchen Puffer habe ich bei ungünstiger Entwicklung? Fragen, die ehrlich und schonungslos beantwortet werden müssen. Der menschlichen Schwäche, die eigene Stärke zu überschätzen, kann und muss durch Kontrolle („Vier-Augen-Prinzip“) entgegengetreten werden. Ratingagenturen haben hier nicht nur in Einzelfällen versagt, sondern gesamte Staaten an den Rand des Ruins getrieben.

Denn die Kreditvergabe an Nationen und globale Unternehmen ist komplexer. Da gegenseitige Kreditverhandlungen kompliziert sind, bedient man sich des Marktes. Für die Transparenz sollen Ratingagenturen sorgen, die gerade kleineren Marktteilnehmern Orientierung über Konditionen geben. Größere Unternehmen wie internationale Banken haben oft eigene Ratingabteilungen. Die drei Großen – Moody's, S&P und Fitch – werden im amerikanischen Rechtsverständnis lediglich als „Meinungsbildner“ angesehen. Getragen werden sie zu großen Kapitalanteilen von Medienunternehmen. Politische Einflussnahme ist also ohne Grundlage für Rechtsklagen möglich. Problematisch ist aber die monopolartige Dominanz (95 Prozent globaler Marktanteil).

Sollten sich die europäischen Medienunternehmen nicht auch dieser Aufgabe stellen? Denn auch eine Presseagentur mit europäischem Zun-

enschlag und globaler Präsenz wird einen besseren Meinungs-, Ideen- und Beurteilungswettbewerb ermöglichen. Gute Rahmenbedingungen für guten Wettbewerb sind in unserer Gesellschaft nicht nur Aufgabe des Staates, sondern auch der Privatwirtschaft. Umso erstaunlicher ist, dass von den Vertretern der „reinen liberalen Lehre“ nichts zu hören ist. Die Staaten stehen als Gesamtheit für das Scheitern eines Systems ohne Wettbewerb ein.

Das Ratingsystem verursacht Interessenkonflikte. Die Ratingunternehmen lassen sich ihre Arbeit vom Aktiengeld bezahlen. Je nach wirtschaftlicher Lage der Agentur kann es damit zur Abhängigkeit vom Auftraggeber kommen. Das gilt auch anders herum: Von Staaten wird in der Regel keine Gebühr erhoben. Ist es für Ratingagenturen attraktiv, diese Posten mit den besten Leuten zu besetzen? Der ostwestfälische Bauer weiß: „Wes Brot ich ess', des Lied ich sing'.“

Die großen drei Ratingagenturen haben ihre Methoden lange im nebulösen Raum versteckt. Man musste sich schließlich an sie wenden. Mangelnder Wettbewerb und fehlende Kontrolle führte zu Selbstüberschätzung. Risiken wurden über die Konjunkturzyklen hinweg beurteilt. Risikopuffer fehlten oft, sodass es bei Abweichungen von der Prognoselinie zu teils heftigen Anpassungen kam und kommt. Dies erleben vor allem derzeit die fiskalisch etwas schwächeren Euroländer. ■

Viel Applaus für CDA-Nachwuchs Talentschmiede endete mit Vorträgen und Urkunden



Bei der Sitzung des CDA-Bundesvorstandes Anfang September in Hannover präsentierten die knapp 30 Teilnehmer des CDA-Nachwuchs-Förderprogrammes „Talentschmiede“ ihre Vorschläge für Kampagnen der CDA.

Ihre Ideen stießen auf Begeisterung: Mit lang anhaltendem Applaus honorierten die Vorstandsmitglieder die Vorträge der jungen CDAler. Anschließend erhielten sie aus den Händen des Bundesvorsitzenden Karl-Josef Laumann

und ihres „Mentors“ Hauptgeschäftsführer Dr. Markus Gloe ihre Urkunden.

Folgende Nachwuchs-Politikerinnen und -Politiker haben die CDA-Talentschmiede erfolgreich absolviert: Philipp Bembenek, Sabine Blaschka, Hagen Colberg, Cathleen Drewes, Christian Fang, Manuel Fiswick, Henning Gerlach, Sebastian Geßmann, Tom Gläser, Stefan Guddas, Laura Hemmer, Christian Herker, Thomas Jachim, Anja Kappler, Jens Knüppel, Sascha Laackmann, Stephan Laubach, Dominik Lawatsch, Malte Lückert, Salih Tahusoglu, Claudia-Alexandra Wiese, Sebastian Witzel, Jan Woestmann, Joachim Benedikt Wüstefeld, Jörg Zähringer, Andreas Ziegler, Thomas Ziegler und Benjamin Zumbrock. ■

Bundestagungen der CDA/DGB-AG und der AG Betriebsarbeit

➤ **Bundestagung der CDA/DGB-AG am 11. Februar 2012 im AZK in Königswinter**

Stimmberechtigt bei der Bundestagung ist jedes CDA-Mitglied, das CDU-Mitglied und Mitglied einer Gewerkschaft des DGB ist – und auch als solches in der Zentralen Mitgliederdatei erfasst ist.

➤ **Bundestagung der AG Christlich-Soziale Betriebsarbeit am 25. Februar 2012 in Köln**

Stimmberechtigt bei der Bundestagung ist jedes CDA-Mitglied, das CDU-Mitglied und Mitglied im Betriebsrat, im Personalrat, in einer Mitarbeitervertretung oder in der JAV bzw. einer Betriebsgruppe ist.

Kolleginnen und Kollegen, die eine Einladung zu den Bundestagungen erhalten möchten, schicken bitte eine Mail mit dem entsprechenden Termin an die E-Mail-Adresse orga@cda-bund.de oder melden sich telefonisch in der Hauptgeschäftsstelle (Telefon: 030 / 922 511-0).

Die Einladungen gehen allen, die sich in der Hauptgeschäftsstelle melden, rechtzeitig zu.

Brief an Papst Benedikt Schreiben der Christlich-Sozialen

Der folgende Brief wurde Anfang September an die Apostolische Nuntiatur in Berlin übergeben und dann an den Heiligen Vater weitergereicht.

Karl-Josef Laumann (CDA) und Elmar Brok (EUCDA)

Heiliger Vater!

Unsere Freunde in der christlich-demokratischen politischen Familie und wir sehen Ihrem Besuch in Deutschland mit freudiger Erwartung und Hoffnungen entgegen. Wir verbinden mit Ihrer Reise in die Heimat auch die frische Erinnerung an die Seligsprechung Ihres Vorgängers Johannes Paul II. durch Sie. Die Verdienste dieses Papstes um Familie, Heimat, europäische Einigung, friedliches Miteinander der Religionen und Weltkirche sind unvergessen.

Johannes Paul II. hat den Anspruch gefestigt, dass die Christliche Soziallehre Antworten auf die heutigen Herausforderungen geben kann. Johannes Paul II., der Ungerechtigkeit und politische Unterdrückungen selbst erlebte, hat nach der europäischen Wende von 1988/89 gesagt, nach dem Fall des Kommunismus habe die freie Welt die „große Aufgabe, den Kapitalismus zu humanisieren“. Wir betrachten diesen Anspruch als eine besondere Verpflichtung der Soziallehre. Ihre Enzyklika „Caritas in Veritate“ untermauert und stärkt diesen Anspruch.

Wir betrachten sie als Aufruf zur sichtbaren Tat in einer Welt, in der es immer noch eine Vielzahl großer Ungerechtigkeiten gibt. Dazu gehören Exzesse der globalisierten Finanzwirtschaft, mangelhafte Entlohnung, Kinderarbeit oder etwa bürokratische Überlastungen der Bürgerinnen und Bürger. Die Katholische Soziallehre gibt überzeugende Antworten zur Überwindung dieser Missstände. Sie wagt immer wieder Hoffnung auf mehr Menschlichkeit und mehr Gerechtigkeit. In diesem Sinne ist sie modern und sollte wieder stärker die Politik beeinflussen.

Heiliger Vater, wir bitten Sie, bei Ihrem Besuch in Deutschland alle Christen zu ermutigen, das Soziale in der Sozialen Marktwirtschaft zu stärken. Die Mitglieder der christlich-demokratischen politischen Familie in Deutschland und Europa sind bereit, die Humanität der christlichen Lehre in die politische Praxis einzubringen. Gerade in Tagen der sozialen und wirtschaftlichen Krise ist Orientierung notwendig. Wir sind der tiefen Überzeugung, dass die Fortsetzung der europäischen Einigung ein unerlässlicher Garant für ein Leben in Frieden, Freiheit, Wohlstand und sozialer Gerechtigkeit ist.

Wir erbitten dazu Ihr Wort bei Ihrem Besuch. Hochachtungsvoll

Karl-Josef Laumann MdL
Elmar Brok MdEP

Kirche und Staat in Benedikts Bundes- tagsrede



Peter Weiß MdB mit Benedikt XVI.

Benedikt XVI. – seit Hadrian IV. 1522 der erste Papst aus Deutschland – war im September auf Staatsbesuch in Deutschland. Vor allem seine Rede im Bundestag wurde vorab von linken Politikern problematisiert, etliche blieben fern. Diese Papstkritiker stehen nun blamiert da. Denn Benedikt XVI. hat alle überrascht. Der Staat solle Staat und die Kirche solle Kirche bleiben. Bedeutet das eine Entweltlichung der Kirche und der Christen? Die strikte Trennung von Staat und Kirche; gar die Abschaffung von Kirchensteuern?

Ich meine nein. Die Äußerungen des Papstes sind vielmehr zu verstehen als: Wir sind in der Welt, aber nicht von der Welt (vgl. Joh 15,19; 17,9-19). Kirche und Staat sind eigenständig, stehen allerdings in Beziehung zueinander. Das war auch der Duktus der Bundestagsrede Benedikt XVI. Er forderte eine Ausrichtung an Vernunft und Naturrecht bei grundlegenden Gesetzgebungen. Diese Quellen bedürfen der Rückbindung an die schöpferische Vernunft, also Gott. ■

Peter Weiß MdB

Meine Meinung

Karsten Matthis: Vergesst mir DIE LINKE nicht!

Die Öffentlichkeit in Deutschland diskutiert über das Phänomen Piratenpartei und fragt sich, ob die GRÜNEN tatsächlich zu einer Volkspartei wachsen. Die Ergebnisse der NPD bei den letzten Landtagswahlen in den neuen Ländern haben Besorgnis erregt. Diese Entwicklungen in der Parteienlandschaft dürfen jedoch nicht dazu führen, DIE LINKE aus dem Blick zu verlieren. Zwar ist sie auch in Berlin aus der Regierung geflogen. In vielen anderen Bereichen festigt jedoch DIE LINKE ihre Basis. So hat sie es bei den Kommunalwahlen in Niedersachsen geschafft, sich in einigen Städten und Gemeinden zu behaupten. An Hochschulen, in der Wissenschaft und der Kultur machen die Linken kleinere Schritte nach vorn, um sich personell in Gremien zu etablieren. In den Gewerkschaften hat DIE LINKE dank

der WASG einen harten Kern in der IG Metall und bei ver.di.

Dass DIE LINKE in den Ländern und auch im Bund in Umfragen schlechter dasteht als noch vor vier Jahren, mag daran liegen, dass DIE LINKE sich selbst zerlegt. Wer Glückwunschbriefe an den Altdiktator Friedel Castro in Kuba richtet und gleichzeitig über Argumente sinnt, die deutsch-deutsche Teilung mit Mauer und Stacheldraht zu rechtfertigen, kann in der Wählergunst nur absinken. Das kürzlich vorgelegte neue Grundsatzprogramm der Linken ist ein Formelkompromiss zwischen ewig gestrigen Sozialisten, linken Theoretikern und Restbeständen der WASG. Noch immer steht DIE LINKE auf dem Standpunkt, dass das Gesellschaftssystem überwunden werden muss. Sie plädiert für ein anderes

Wirtschafts- und Gesellschaftssystem: den demokratischen Sozialismus. Ob dieser Sozialismus tatsächlich demokratisch legitimiert werden soll, bleibt fraglich, denn es gelingt der Linken nicht, sich eindeutig von der SED-Diktatur abzusetzen. Noch immer träumt die Linke – wie in den 1970er Jahren die DKP – von einer Volksfront, in der sie mit ihren Kadern eine entscheidende Rolle spielt. DIE LINKE spornt zu Konfrontation statt Sozialpartnerschaft in den Betrieben an. Mit äußerster Sensibilität muss die Programmdebatte der Linken beobachtet werden. Christlich-Soziale dürfen sich der geistigen Auseinandersetzung mit den Linken nicht verschließen. Und der Verfassungsschutz muss zumindest ihre kommunistische Plattform beobachten. Es gibt keinen Anlass, die LINKE zu unterschätzen. Vergesst DIE LINKE nicht! ■

*Karsten Matthis
Geschäftsführer Stiftung
Christlich-Soziale Politik e. V.*

Arbeitnehmergruppe im Kanzleramt

Zu einem Gespräch über aktuelle politische Fragen empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel die Mitglieder der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Deren Vorsitzender Peter Weiß bekräftigte gegenüber der Kanzlerin die Unterstützung der zentralen CDA-Forderungen für den CDU-Bundesparteitag im November in Leipzig. Eine allgemeine Lohnuntergrenze sei für die Bereiche, in denen auf Tarifverträgen



Bundesregierung

basierende Branchen-Mindestlöhne nicht realisierbar sind, ein notwendiges Instrument gegen sittenwidrige Niedriglöhne. Weiß unterstrich auch die Forderung nach einer Stärkung des Equal Pay-Grundsatz, etwa in der Leih-

arbeit. Weitere Gesprächsthemen waren die Pflegereform und die Finanzmarktkrise. Die Bundeskanzlerin kündigte unter anderem an, weiter für eine europaweite Finanzmarktsteuer zu kämpfen. ■

Gewerkschaftstage 2011 Die CDA bei den Parlamentarischen Abenden



Dr. Ralf Brauksiepe MdB mit Paul Lehrieder MdB und dem ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske

Angesichts der Debatten über die Neuwahl des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall stellte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihren Parlamentarischen Abend am Rande des Gewerkschaftstages unter das Motto: „Die Einheitsgewerkschaft – gestern, heute und morgen“. Peter Weiß eröffnete als

Vorsitzender der Arbeitnehmergruppe die Veranstaltung in Karlsruhe. Dr. Ralf Brauksiepe steuerte als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium ein Grußwort bei.

Deutliche Worte fand der CDA-Bundeschvorsitzende Karl-Josef Laumann

in seiner Rede. Er sprach von einer „Brüskierung der Union“ und forderte erkennbare Zeichen, dass Christlich-Soziale in der IG Metall weiterhin willkommen seien. Die IG Metall beanspruche für sich, eine gewerkschaftliche Heimat für alle Arbeitnehmer zu sein. Das müsse auch erkennbar sein, mahnte Laumann. Er erinnerte daran, dass parteipolitische Neutralität ein Grundpfeiler der Idee der Einheitsgewerkschaft sei.

Berthold Huber, der Vorsitzende der IG Metall, kündigte an, die christlich-sozialen Metaller weiter eng einzubinden. Zur Veranschaulichung der Rolle von CDU-nahen Gewerkschaftern in den vergangenen Jahrzehnten präsentierte die Fraktion die Ausstellung „Christlich-Soziale im DGB“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. Alle Anwesenden konnten sich davon überzeugen, dass christdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein fester Platz in den Gewerkschaften gebührt...

Der Parlamentarische Abend der Unionsfraktion beim ver.di-Bundeskongress

Beim Parlamentarischen Abend der Unionsfraktion beim ver.di-Bundeskongress hielten der Obmann im Ausschuss für Arbeit und Soziales, Paul Lehrieder, und Dr. Ralf Brauksiepe, Grußworte. Außerdem waren der Erste stellvertretende CDA-Bundeschvorsitzende Dr. Christian Bäumler, CDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Markus Gloe und Elke Hannack, stellvertretende CDA-Bundeschvorsitzende und ver.di-Vorstandsmitglied, vor Ort. Ver.di-Chef Bsirske hob in seiner Rede das trotz teilweise unterschiedlicher Auffassungen gute Gesprächsklima zwischen der Gewerkschaft und der Union hervor. ■

Zu „Unsere Antwort heißt soziale Partnerschaft“, Soziale Ordnung 4/2011, Seite 10-11 Zu „Vom Mindestlohn bis Equal Pay“, Soziale Ordnung 4/2011, Seite 12-13

Steht in unserer Gesellschaft wirklich der Mensch im Mittelpunkt? Seit vielen Jahren verfolge ich schon die öffentlichen Diskussionen über Mindestlöhne, Altersarmut und „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ in den Medien. Es ist schon erstaunlich, dass diese Themen nun endlich erkannt und auch von Politikern der CDU/ CDA diskutiert werden. Aber seit Jahren muß ich auch feststellen, dass immer nur geredet wird, viele Worte, viele Veranstaltungen, aber wenig Konkretes in

der Praxis. Jeder Tag, der nur mit Sprechblasen ausgefüllt wird, ist ein verlorener Tag für viele Arbeitnehmer und ein Gewinn für viele Unternehmer. 460 Millionen Stunden unbezahlte Mehrarbeit durch die Arbeitnehmer sprechen für sich.

Unsere Gesellschaft ist derzeit von einem gnadenlosen Sozialabbau gekennzeichnet. Selbst Wirtschaftsinstitute müssen in ihren Gutachten diese Tatsachen anerkennen und ausweisen. Auch die Bundesagentur für Arbeit stellt in ihren Analysen fest, dass der Niedriglohnssektor sich immer stärker ausbreitet, die Zahl der sogenannten „Aufstocker“ ständig steigt. Wie lange wollen wir eigentlich noch diskutieren?

Dierk Grimmecke, Wernigerode



„Die IG Metall muss die Christlich-Sozialen einbinden“ Standpunkt von Karl-Josef Laumann



Klare Forderungen an die IG Metall kommen vom CDA-Bundesvorsitzenden Karl-Josef Laumann

Die beiden Gewerkschaftstage der vergangenen Wochen hätten für uns nicht unterschiedlicher verlaufen können. Die ver.di-Delegierten haben unsere CDA-Kollegin Elke Hannack mit einem guten Ergebnis für weitere vier Jahre in den Vorstand gewählt. Das ist eine schöne Bestätigung ihrer Arbeit in der

Dienstleistungsgewerkschaft, die der CDU bekanntermaßen politisch nicht sehr gewogen ist...

Aus dem Geschäftsführenden Vorstand der IG Metall sind wir hingegen herausgedrängt worden – und das, obwohl die geplante Verkleinerung am Votum der Delegierten gescheitert war. Die Entscheidung der IG Metall-Spitze ist enttäuschend! Eine Stimme der CDU im höchsten Gremium der größten deutschen Einzelgewerkschaft ist keine überkommene Tradition, sondern notwendig. Wenn die IG Metall „Gewerkschaft für alle“ sein will, dann muss sie eine Brücke zur Volkspartei CDU haben – an vorderster Stelle.

Ich habe gegenüber Berthold Huber deutlich gemacht, dass ich diesen Schritt als Brückierung aller CDU-naher

Arbeitnehmer in der IG Metall empfinde. Er hat versprochen, die Christlich-Sozialen auch ohne Vertretung in den Geschäftsführenden Vorstand weiter eng einzubinden. Ich nehme ihn beim Wort! Ich hoffe vor allem darauf, dass die IG Metall bei Einstellungspraxis und Nachwuchsförderung mehr Offenheit für Christlich-Soziale zeigt. Wer Stallgeruch will, der muss auch die Stalltüren öffnen!

CDA und CDU stehen zur Idee der Einheitsgewerkschaft. Das kann aber nur so lange gelten, wie die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft eingehalten werden. Die CDU ist auch eine Arbeitnehmer-Partei. Ich erinnere immer wieder gerne daran: Bei der letzten Bundestagswahl hat die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr Kreuz bei der CDU gemacht! ■

Meine Meinung von Thorsten Kiwitz

Bei den Demonstrationen der bankenkritischen „Occupy“-Bewegung sind weltweit derzeit Schilder mit der Aufschrift „WIR SIND DIE 99%!“ zu sehen. Damit ist offenbar gemeint, dass die Mehrheit von 99 Prozent nicht länger unter „gewissenlosem Zockerwahn“ oder „zügellosem Gewinnstreben“ einer Minderheit von einem Prozent leiden will. Zugegeben: Viele der angeprangerten Missstände in der Finanzwirtschaft treffen zu. Aber um wen handelt es sich eigentlich bei dem

viel gescholtenen einen Prozent? Im Volksmund und bei vielen Protestierenden ist klar, wer das sein soll: Die Banker! Gegen diese Pauschalierung und Stigmatisierung erhebe ich Einspruch! Ein Prozent der Bevölkerung entspricht grob gezählt allen Beschäftigten in Banken und Sparkassen dieses Landes. Diese werden aber eben nicht geprägt von gierigen Investmentbankern oder unverantwortlichen Topmanagern. Dort arbeiten in erster Linie tarifgebundene Kreditsachbearbeiter, Kundenberater und klassische „Schalterbeamte“. Tarifangestellte und Boni-Investmentbanker gehören nicht in denselben Topf! Die

Finanzkrise hat viele Ursachen und Verursacher; erhebliche Verantwortung trägt die Finanzwirtschaft. Doch die breite Mehrheit der Beschäftigten in Banken und Sparkassen darf nicht für das Versagen ihres Managements in Mithaftung genommen werden. 99 Prozent der Bankbeschäftigten sind ebenso wenig für das Desaster verantwortlich wie 99 Prozent der Bevölkerung! Wenn wir schon mit Zahlen operieren wollen, dann müsste es auf den Plakaten der Banken-Kritiker also heißen: „Wir sind die 99,99 Prozent!“ ■

Thorsten Kiwitz, Sprecher des CDA-Arbeitskreises Banken und Sparkassen

CDA BREMEN

Landestagung plädiert für Lohnuntergrenze



Dr. Christian Bäumler war zu Gast bei der Landestagung der CDA Bremen.

Die CDA Bremen hat auf ihrer Landestagung einen Beschluss für die Einführung einer allgemeinen gesetzlichen Lohnuntergrenze gefasst. Dafür hatte zuvor der erste stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende Dr. Christian Bäumler als Gast auf der gut besuchten Tagung in den Räumen der

Arbeitnehmerkammer Bremerhaven geworben. Mit breiter Mehrheit verabschiedeten die Delegierten einen entsprechenden Antrag, der gleich lautend vom CDA-Bundesverband auch auf dem CDU-Parteitag in Leipzig gestellt wird. Ingo Schierenbeck, der Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer, setzte sich in seiner Rede für mehr Lohngerechtigkeit für Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter ein. „Zeitarbeiter sollen nach einer kurzen Einarbeitungszeit endlich die gleiche Vergütung wie die Stammebelegschaft erhalten. Aktuelle Umgehungsmöglichkeiten müssen der Vergangenheit angehören.“ Der Bremerhavener CDA-Kreisvorsitzende Heinz-Herbert Grabowski forderte nachdrücklich, die Möglichkeiten für die Befristung von Arbeitsverhältnissen einzudämmen. ■



Bezirksschatzmeister Thorsten Thus mit dem neuen Vorsitzenden Peter Preuß Mdl und dem Ehrenvorsitzenden Günter Pott (von links nach rechts).

CDA BERGISCH-LAND

Peter Preuß Mdl ist neuer Bezirksvorsitzender

Der Tod des bisherigen Vorsitzenden Peter Brakelmann machte im CDA-Bezirksverband Bergisch-Land eine außerordentliche Bezirkstagung notwendig. Peter Preuß, Landtagsabgeordneter aus Düsseldorf, wurde einstimmig zum neuen Bezirksvorsitzenden gewählt. ■

CDA MARBURG-BIEDENKOPF

Sehrbrock referierte über Sozialstaat



Zum Thema „Die Zukunft des Sozialstaates“ diskutierte die stellvertretende Bundesvorsitzende

des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Ingrid Sehrbrock mit Mitgliedern von CDU und Gewerkschaften in Marburg. Zu der Veranstaltung hatte der DGB Marburg-Biedenkopf gemeinsam mit der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), dem Arbeitnehmerflügel der CDU, eingeladen. „Leider ist es immer noch keine Selbstverständlichkeit, dass DGB und CDU gemeinsame Veranstaltungen durchführen. Dabei ist es doch

eigentlich das Salz in der Suppe der Demokratie, wenn Volkspartei und Einheitsgewerkschaft miteinander für gemeinsame Ziele kämpfen“, begrüßte der CDA-Kreisvorsitzende Marian Zachow die Gäste. Ingrid Sehrbrock, die auch stellvertretende Bundesvorsitzende der CDA und Mitglied im CDU-Bundesvorstand ist, stehe in besonderer Weise für diesen lebendigen Dialog zwischen CDU und Gewerkschaft. ■

JUNGE CDA STUTTGART

Neugründung in der Landeshauptstadt



Der Vorstand der Jungen CDA Stuttgart mit Gästen.

Nach mehrjähriger Pause gründete sich nun in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart wieder ein Kreisverband der Jungen CDA, der Jungen CDU-Sozialausschüsse. Am 12. August 2011 dankte Tom Gläser, Bezirksvorsitzender der Jungen CDA Nordwürttemberg, dem Landesvorsitzenden Manfred Benedikter für sein Engagement zur

Neugründung in Stuttgart. Zum Vorsitzenden wurde Christian Römhild gewählt. Ihm zur Seite stehen Sabine Seeger und Stephan Boudgoust als Stellvertreter sowie Norbert Strohmaier als Pressesprecher, Katrin Wiedmann als Internetreferentin, Matthias Rolfs als Finanzreferent und Sabine Blaschka als Beisitzerin. ■

CDA OLPE UND SIEGEN-WITTGENSTEIN

Besuch in der Justizvollzugsanstalt Attendorn

Im Rahmen der traditionellen CDA-Sommerbereitung stattete Dr. Ralf Brauksiepe, Parlamentarischer Staatssekretär im Arbeitsministerium und CDA-Landesvorsitzender, der Justizvollzugsanstalt Attendorn im Kreis Olpe einen Besuch ab. Er wurde begleitet vom Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Haider, dem Landtagsabgeordneten Theo Kruse sowie Vorstandsmitgliedern der CDA.



Der Leiter der JVA Attendorn, Rainer Wisniewski, und einige seiner Mitarbeiter stellten in einer Diskussionsrunde mit den Besuchern den offenen und geschlossenen Vollzug vor. Sie berichteten über den Arbeitsalltag der Häftlinge und Vollzugsbeamten. ■



Mitglieder der CDA-Kreisverbände Eisenach/Wartburgkreis und Gotha besuchten das Opel-Werk in Eisenach. Landestagung der CDA Bremen.

CDA VOR ORT:

Thüringer CDA im Gespräch mit Opel-Betriebsräten

CDA-Mitglieder aus den Kreisen Eisenach/Wartburgkreis und Gotha haben das Opel-Werk in Eisenach besucht. Im Rahmen der Tour „CDA vor Ort“ informierten sie sich über den Standort und die dortige Produktion. Empfangen wurde die Delegation um den Landesvorsitzenden Gustav Bergemann vom Betriebsratsvorsitzenden Harald Lieske und dem Schwerbehindertenvertrauensmann Dieter Göschel. Nach einer kurzen Vorstellung des Unternehmens wurden die Gäste durch das Werk geführt. Mehr als 1.600 Beschäftigte produzieren auf dem Werksgelände Autos. Farbe und Ausstattung richten sich nach Kundenwünschen. Die Vorbereitungen für die Produktion des neuen Opel-Junior sind in vollem Gange.

Harald Lieske berichtete über die Bemühungen, mit engagierter Ausbildung dem Fachkräftemangel vorzubeugen und der drohenden Überalterung der Belegschaft zu begegnen. ■

CDA KREIS LIPPE

Neuer Vorstand

Neuwahlen des Vorstandes standen auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung der CDA im Kreis Lippe. Dabei wurde Walter Kern aus Lemgo einstimmig in seinem Amt als CDA-Kreisvorsitzender bestätigt. Stellvertretende Vorsitzende sind Achim Wiegand und Karsten Goldbecker. Pressesprecher und Internetbeauftragter wurde Arthur Isaak. Auch ihre Wahl erfolgte jeweils



v.l.n.r. Der neue Vorstand der CDA Lippe mit dem alten und neuen Vorsitzenden Walter Kern (links).

einstimmig. Walter Kern gab einen Bericht über die Arbeit der letzten zwei Jahre im Kreisverband und referierte über das Thema „Weil Arbeit WERTvoll ist...“. ■

CDA

Mitteldeutsche CDA-Landesvorstände vernetzen sich

Die CDA-Landesvorstände von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen trafen sich jüngst in Erfurt zu einer gemeinsamen Sitzung. Die drei mitteldeutschen Landesverbände wollen ihre Zusammenarbeit vertiefen und sich besser untereinander vernetzen. Außerdem stand ein Erfahrungsaustausch auf der Tagesordnung. Die drei Landesvorsitzenden Alexander Krauß (Sachsen), Peter Rotter (Sachsen-Anhalt) und Gustav Bergemann (Thüringen) waren sich einig, dass ein solcher Austausch wichtige Impulse für die Arbeit vor Ort geben könne. Schließlich gebe es durchaus Parallelen und gemeinsame Themen.

Die drei Vorsitzenden sprachen auch über den Stand der Beratung des Antrages an den CDU-Bundesparteitag

„Weil Arbeit WERTvoll ist...“. Viele CDU-Kreisverbände haben den Antrag bereits beraten und beschlossen. Außerdem ging es bei dem Treffen um die ärztliche Versorgung im ländlichen Raum und die Zukunft der Pflege. Zu diesen beiden Bereichen referierte der sozialpolitische Sprecher der Thüringer CDU-Landtagsfraktion, Christian Gumprecht. Er skizzierte die Bevölkerungsentwicklung in Thüringen. Er stellte auch das Konzept der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) vor. Diese sichern die fachübergreifende Versorgung von Patienten aus einer Hand. In Thüringen nehmen die MVZs bei der ambulanten medizinischen Versorgung eine bedeutende Rolle ein.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steige kontinuierlich, die Nachfrage nach entsprechenden Einrichtungen wachse. Das habe zur Folge, dass mehr Pflegekräfte benötigt würden. Um aber genügend qualifiziertes und motiviertes Personal zu bekommen, sei es erforderlich, die Pflegesätze anzupassen. ■

JUNGE CDA

Bericht von der Niedersachsentagung

„Bezahlbare Mobilität für alle“ – so der Titel und das Motto des Leitantes der Jungen CDA in Niedersachsen bei ihrer Tagung. Inhaltlich hat sich die Junge CDA dieses Jahr in Wolfsburg mit dem Wunsch der Bundesregierung, im Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf Deutschlands Straßen fahren zu lassen, auseinandergesetzt. Die von der Nationalen Plattform Elektromobilität vorgeschlagenen Maßnahmen wurden dabei auf ihre sozialen Auswirkungen geprüft. „Elektromobilität kann nur erfolgreich sein, wenn sich breite Bevölkerungsschichten diese neue Technologie auch leisten können“, stellt Marvin Bugenhagen als Landesvorsitzender der Jungen CDA fest.

Konkrete Forderungen sind die Schaffung einer ausreichenden Infrastruktur für das Laden von Elektrofahrzeugen und die Einführung von Anreizsystemen bei der Elektromobilität, die neben dem Kauf auch das Leasing von Fahrzeugen berücksichtigen. Eine Pkw-Maut wird hingegen von der Jungen CDA einstimmig abgelehnt, insbesondere wenn sie nur eine zusätzliche Belastung für die Autofahrer darstellt, ohne dass irgendein Mehrwert oder Lenkungseffekt erzielt wird.

Vom aktuellen Stand der Technik in der Elektromobilität konnten sich alle dann bei einer Probefahrt mit einem Elektrofahrzeug in der Autostadt überzeugen. ■

CDA KOBLENZ-MONTAUBAU

Besuch in Keksfabrik



Die Gruppe um den CDU-Bundestagsabgeordneten Erwin Rüdell (9.v.r.), CDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Markus Gloe (r.) sowie den CDA-Bezirksvorsitzenden Ekkehard Gauglitz (2.v.l.) wurde von Peter Gries (3.v.l.) in Polch begrüßt.

Das Traditionsunternehmen Griesson - de Beukelaer in Polch war Ziel eines Informationsbesuches des CDA-Bezirksvorstandes Koblenz-Montabaur. Mit dabei waren neben dem Vorsitzenden Ekkehard Gauglitz CDA-Hauptgeschäftsführer Dr. Markus Gloe und der CDU-Bundestagsabgeordnete Erwin Rüdell. Begrüßt wurden die CDU-Sozialpolitiker von Peter Gries, Leiter der Unternehmenskommunikation und Teil der Unternehmerfamilie, sowie dem Vorsitzenden des Betriebsrates am Standort Polch, Karl-Heinz Lühr.

Das Unternehmen produziert süße und salzige Gebäckprodukte in fünf Werken in Deutschland. Der Vertrieb der beliebten Produkte (Prinzenrolle etc.) erfolgt in Europa und in Übersee. Als einer der größten Arbeitgeber der Region beschäftigt Griesson - de Beukelaer in Polch zurzeit rund 800 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Großen Wert legt Griesson - de Beukelaer auf Ausbildung. Von den rund 100 Auszubildenden sind 27 in Polch beschäftigt. Im Bereich der Mitarbeiterförderung wird gezielte Weiterbildung angeboten. Auf Fragen bezüglich der Entlohnung war zu erfahren, dass bei Griesson - de Beukelaer Löhne nach Tarifvertrag gezahlt werden. ■

CSA

Strukturwandel auf dem Land begleiten

Die Arbeitnehmer-Union in der CSU (CSA)



forderte bei ihrer Ostbayern-Konferenz in Amberg (Oberpfalz) einen intensiven Dialog zur Stärkung der ländlichen Regionen in Bayern. Der Landesvorsitzende Joachim Unterländer sagte, die CSA werde den Strukturwandel auf dem Land offensiv begleiten.

Die Vertreter der Arbeitnehmer-Union sehen in qualifizierten Arbeitsplätzen auf dem Land den Schlüssel für eine gute Entwicklung. Wichtige Zukunftsfelder wie die Elektromobilität würden bewusst mit Modellregionen außerhalb der Metropolen entwickelt. Ein wichtiger Bereich sei auch die flächendeckende Bundesbahnanbindung und die wohnortnahe Versorgung mit Krankenhäusern und Ärzten. ■

CDA DORTMUND

Sommertour zum Thema Pflege



v.l.n.r.: Karl-Heinz Middendorf, Willi Zylajew MdB, Claudia Middendorf und eine Seniorin aus der WG in Dortmund-Wellinghofen.

Im Rahmen der jährlichen Sommeraktion der nordrhein-westfälischen CDA besuchten Vertreter der CDA Dortmund gemeinsam mit dem Bundestagsabgeordneten und CDA-Bundesschatzmeister Willi Zylajew mehrere soziale Einrichtungen. In einer Senioren-Wohngemeinschaft in Dortmund-Wellinghofen leben acht Senioren in einer Alters-WG, darunter auch Karl-Heinz Middendorf, langjähriger CDA-Kreisvorsitzender in Dortmund und Vater der amtierenden CDA-Kreisvorsitzenden Claudia Middendorf. ■

CDA NORDRHEIN-WESTFALEN

Energie- und Industriepolitische Fachtagung – „Energie muss bezahlbar bleiben!“



Zur „Energie- und Industriepolitischen Fachtagung“ hatte die nordrhein-westfälische CDA eingeladen. Trotz heißer Temperaturen außerhalb der RWE-Zentrale wurde auch in den klimatisierten Räumlichkeiten heiß diskutiert. In seiner Eröffnungsrede zeichnete der Landesvorsitzende und Parlamentarische

Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Ralf Brauksiepe, die bisherigen energiepolitischen Entscheidungen der Bundesregierung nach. Er forderte „Versorgungssicherheit zu bezahlbaren Preisen sowie Sicherheit für die Arbeitsplätze in Energieunternehmen.“ Ein Vertreter des RWE-Konzerns ging in seinen Ausführungen auf die Halbierungen der CO₂-Emissionen ein und sah darin auch eine Chance für das Unternehmen, sich neu aufzustellen.

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation vom Vorsitzenden der Jungen CDA, Dennis Radtke,

ging es um „Die Energiewende aus Sicht von Arbeitnehmern“. Dazu nahmen Stellung der Betriebsratsvorsitzende der Clariant (Chemie)Produkte GmbH (Frankfurt), Kai-Uwe Hemmerich und Bernd Kruse, Vorsitzender der Landes-AG Betriebsarbeit der nordrhein-westfälischen CDA und Mitglied des Betriebsrates von Thyssen Krupp in Duisburg. Neben der Situation auf dem deutschen Arbeitsmarkt lenkten sie ihren Blick auf die rasant steigenden Verbrauchermärkte gerade im asiatischen Bereich. Prof. Dr. Friedrich-Karl Ewert vom Europäischen Institut für Klima und Energie ging im dritten Teil der Fachtagung auf den Klimawandel ein. ■

CDA BERLIN

Dr. Ralf Brauksiepe besuchte Jobcenter

Gespräch mit dem CDA-Kreisvorsitzenden

Der stellvertretende CDA-Bundesvorsitzende und Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe besuchte nun auf Einladung des CDA-Kreisvorsitzenden von Treptow-Köpenick, Joachim Specht, das örtliche Jobcenter im Berliner Südosten. Brauksiepe informierte über den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Reform des SGB II. An dem Termin nahmen auch der neue Geschäftsführer Hartmut Stasch, Joachim Specht und sein Stellvertreter Michael Rother sowie der zuständige Referatsleiter der Senatsverwaltung, Hans-Jürgen MichelMichel teil.

Schwerpunkt der kontroversen Diskussion war die „Instrumentenreform“. Vor allem Geschäftsführer Stasch äußerte Zweifel, ob die Reform den in Berlin anstehenden Problemen der Langzeitarbeitslosen gerecht wird. Zwar konnte Brauksiepe nicht alle Vorbehalte der Gesprächsteilnehmer ausräumen, konnte ihnen mit seinen Erläuterungen jedoch einen Teil ihrer Sorgen nehmen.

Die örtlichen CDA-Vertreter baten Brauksiepe, die Möglichkeit zu schaffen, dass im Regelfall bei den Jobcentern Ombudsleute bestellt werden. Nur so könne die Anzahl der Widersprüche und Verfahren vor den Sozialgerichten deutlich gesenkt werden. In Treptow-



Dr. Ralf Brauksiepe MdB (vorne) und Joachim Specht bei ihrem Besuch im Jobcenter Treptow-Köpenick.

Köpenick hat die Bezirksverordnetenversammlung bereits eine solche Initiative auf Basis eines CDA-Antrags gestartet. ■

Der persönliche Fragebogen der Sozialen Ordnung Heute: Dennis Radtke



1. Wieso bist Du in der CDA?

Ich bin in der CDA, weil es wichtiger ist, für Menschen Teilhabe zu organisieren, als sie nur zu alimentieren. Die CDA ist der einzige Garant dafür, dass die CDU eine starke soziale Prägung hat.

2. Worüber, worauf freust Du Dich?

Ein gutes Buch zu lesen und dabei gute Musik zu hören und auf Spiele von Bayer 04 Leverkusen.

3. Was gibt Dir Kraft?

Aus der Überzeugung, dass man mit Engagement, Einsatz und Beharrlichkeit wirklich Dinge verändern kann.

4. Wovor hast Du Angst?

Vor dem Tod von Menschen, die mir sehr nahestehen.

5. Was heißt Arbeit für dich?

Arbeit ist mehr als bloßer Broterwerb. Arbeit ist Selbstverwirklichung, die Manifestierung des Gefühls, gebraucht zu werden.

6. Was würdest du nie tun?

Ich würde nie aufhören, mich zu engagieren und einzubringen. Untätig sein ist für mich nur schwer zu ertragen.

7. Dein Buchtipp?

Eine wunderbare Zerstreuung sind für mich immer wieder die Sherlock Holmes-Kurzgeschichten von Sir Arthur Conan Doyle.

8. Welche Website empfiehlst Du zum Reinklicken?

Ganz klar: www.cda-bund.de

9. Welche Musik hörst Du am liebsten?

Ich bin ein großer Klassikfan. Am liebsten Richard Wagner und Beethoven.

10. Dein Leibgericht?

Sauerbraten.

11. Mit welchem Promi würdest Du Dich gern einmal in Ruhe unterhalten?

Gorbatschow. Mich würde der innere Wandlungsprozess von einem überzeugten Kommunisten hin zu einem Menschen interessieren, der Millionen die Freiheit schenkte.

12. Und mit wem würdest Du gern mal einen Tag tauschen?

Mit dem Chef des geheimen Hausarchives der Wittelsbacher, um zu erfahren, wie König Ludwig II. wirklich gestorben ist.

13. Wo möchtest Du – außer in Deiner derzeitigen Heimat – gern leben?

Wien, London oder am Starnberger See

14. Welche Vorbilder hast Du – in der Geschichte und in der Gegenwart?

Die wichtigste Person in meinem Leben war immer mein Großvater Theodor

Radtke, der mir viele Leidenschaften ins Herz gepflanzt hat.

15. Was ist Dein größter (politischer) Erfolg?

Politische Erfolge gehören nie einer Einzelperson, sondern sind immer das Ergebnis einer Teamleistung. Der schönste Erfolg, zu dem ich meinen Beitrag leisten durfte, war, die Junge CDA von einem zerstrittenen Haufen hin zu einer stetig wachsenden und verschworenen Gemeinschaft zu machen.

16. Die größte Ungerechtigkeit: Was ist nicht sozial? Was ist nicht in Ordnung?

Die fehlende Ordnung und Transparenz auf den Finanzmärkten: Sozialisierung der Risiken und Privatisierung der Gewinne auf der einen Seite und Shareholder Value und fehlende Verantwortung den Belegschaften gegenüber auf der anderen Seite haben eine Spirale in Gang gesetzt, die mehr als gefährlich ist. Die Politik muss hier schleunigst handeln und zwar international.

17. Du darfst allein über die Verwendung von 1 Milliarde Euro aus dem Bundeshaushalt entscheiden. Wofür gibst Du das Geld aus?

Für die Förderung und Stärkung von Ehrenamt und bürgerlichem Engagement.

18. Dein Lebensmotto?

Es muss in dir brennen, was du in anderen entzünden willst. ■

Einmischen. Einfluss nehmen.

Eintreten!



Jedes
Mitglied wirbt
ein neues
Mitglied!



CDA

CHRISTLICH-DEMOKRATISCHE
ARBEITNEHMERSCHAFT DEUTSCHLANDS
CDU-SOZIALAUSSCHÜSSE

Aufnahmeantrag

der Christlich-Demokratischen
Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA)
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin

Ich beantrage die Aufnahme in die CDA:

Name: _____

Vorname: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Wohnort: _____

Geb.-Datum: _____

Telefon: _____

Telefax: _____

Mobil: _____

E-Mail: _____

Betrieb / Verwaltung / Ausbildungsstätte:

CDU-Mitglied: ja nein

Als Aufnahme spende zahle ich _____ €

_____, den _____

Unterschrift

Bankeinzugsermächtigung:

Wir bitten Sie, die Bankeinzugsermächtigung auszufüllen.
Hiermit erkläre ich mich bis auf Widerruf damit einverstanden,
dass die CDA-Hauptgeschäftsstelle den von mir zu zahlenden

Monatsbeitrag in Höhe von: _____ €

in Worten: _____ €

einmal jährlich

zweimal jährlich

von meinem Konto: _____

Nr.: _____

BLZ: _____

bei der: _____

(Geldinstitut, Ort) abbucht.

_____, den _____

Unterschrift (für Kreditinstitut)

Unsere monatlichen Beiträge:

> Familienbeitrag für Ehepartner und Kinder: 5,10 €

> Nichtmitglieder der CDU: 4,60 €

> CDU-Mitglieder: 4,10 €

> Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht
vollendet haben: 2,60 €

> Auszubildende, Schüler/-innen, Studenten/-innen,
Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose und bei
besonderen sozialen Härten auf Antrag: 1,10 €

Zuwendungen (Mitgliedsbeiträge und Spenden) an politische Parteien
sind steuerlich als Sonderausgaben absetzbar (§ 10 b EStG).